

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

35 (11.2.1913)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 47 Uhr. Postfachkonto Nr. 2760. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Kofaktinrate. billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 49 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### \* Auf dem Wege zur Vernunft.

Auch in der Politik gilt das Wort: „Es ist noch nicht aller Tage Abend“. Die Erklärungen, welche am Freitag die Staatssekretäre v. Jagow und v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstags über das Verhältnis zwischen Deutschland und England abgegeben haben, sind von erheblicher Bedeutung. Gewiß darf man sich diesen Erklärungen gegenüber keinem übertriebenen Optimismus hingeben, denn die Gefahr, daß die sein gesponnenen Fäden zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der maritimen Rüstungen wieder zerrissen werden, ist keine geringe. Immerhin darf man mit Genugtuung konstatieren, daß in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten in den letzten Monaten eine erfreuliche Besserung eingetreten ist, so daß die Hoffnung, es werde zu der seit Jahren gewünschten Verständigung kommen, nicht ganz unbegründet erscheint. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz, Deutschland halte eine Verständigung mit England über das Maß der beiderseitigen Flottenrüstungen für möglich und er lege insbesondere den Churchillschen Vorschlag eines Verhältnisses von 10:16 zwischen der deutschen und englischen Schlachtschiff-Flotte als annehmbar an, zeigt jedenfalls, daß in den maßgebenden Kreisen Deutschlands ein Umschwung gegenüber der früher vertretenen Auffassung eingetreten ist. Fürst Bülow hat seinerzeit den Vorschlag einer Verständigung mit England über das Maß der Flottenrüstung mit der Begründung zurückgewiesen, daß dafür alle Voraussetzungen fehlen und der gegenwärtige Leiter unserer Reichspolitik, Herr v. Bethmann-Sollweg, hat sich über denselben Vorschlag geradezu lustig gemacht. Bis hinein in die linksstehenden bürgerlichen Kreise hatte sich die Meinung festgewurzelt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England unvermeidlich geworden sei.

In diese Stimmung prägen die Erklärungen vom letzten Freitag wie eine Bombe hinein. Man braucht nur die Kommentare unserer chauvinistischen Presse zu lesen, um sich von der Wut zu überzeugen, mit welcher unsere Panzerplatten-„Patrioten“ diesem bedeutungsvollen Ereignis gegenüberstehen. Die „Post“ bezeichnet den englischen Vorschlag als Bauerntänzer und rüfend über die verantwortlichen Staatsmänner, die der Schicksalsstunde des deutschen Volkes nicht gewachsen seien. Die Flottentreiber merken, daß wenn es zu der geplanten Abmachung kommt, ihnen auch der letzte Scheingrund für ihre Hezereien gegen England und für weitere Flottenrüstungen genommen wird. Deshalb leeren sie wieder das alte Lied, daß man dem hinterlistigen Albion nicht trauen dürfe. In Wirklichkeit würde es hüben wie drüben von der übergroßen Volksmehrheit aufs lebhafteste begrüßt werden, wenn dem sinnlosen Betrüben endlich ein Riegel vorgeschoben würde. Nur auf dem Wege einer Verständigung mit England könnte wenigstens ein Teil der Sünden und Fehler unserer deutschen Diplomatie wieder gut gemacht werden.

Jedenfalls zeigen die neuesten Vorgänge, daß die von der Sozialdemokratie stets und allen Verleumdungen zum Trotz vertretene Auffassung, daß weder handels- noch welt-politische Interessen einer Verständigung zwischen Deutschland und England im Wege stehen, durchaus zutreffend war. Ist es erst einmal zu einer Verständigung über das gegenseitige Verhältnis der Flottenstärke gekommen, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann man sich über ein gleiches Verhältnis behufs Verminderung der Marinelaisten verständigen wird. Augenblicklich mag das unseren politischen Gegnern noch als eine Utopie erscheinen. Aber was heute als Utopie erscheint, wird morgen zur Wirklichkeit. Hat man nicht noch vor einem Jahre eine Verständigung mit England überhaupt als utopisch erklärt?

Wenn es eine Utopie gibt, dann ist es sicher die unserer Chauvinisten, die glauben, das Betrüben könne noch lange fortgesetzt werden. Der Militarismus wie der Marinismus haben ihre eigene Logik, an der beide zugrunde gehen müssen. Die Völker können dieses sinnlose Drauflosrücken weder finanziell noch kulturell auf die Dauer ertragen. Wir sehen, was die maritimen Rüstungen betrifft, jetzt vor dem Punkt, wo sich die verantwortlichen Leiter der Politik die Frage vorlegen müssen: Kann das so weitergehen? Der Umschwung, wie er in der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz zum Ausdruck gekommen ist, wäre sicher nicht erfolgt, wenn die deutsche Regierung nicht selbst der Meinung wäre, daß das Betrüben zwischen Deutschland und England an einem bedenklichen und gefährlichen Punkt angelangt ist.

Was für den Marinismus zutrifft, gilt aber ebenso für den Militarismus, denn für beide gilt dieselbe Logik und dasselbe Gesetz der Entwicklung. Jeder Krieg zwischen den europäischen Großstaaten führt unrettbar zu einer fürchterlichen Katastrophe, die für den Sieger nicht minder gefährlich ist, wie für den Besiegten. Alle Staaten sind volkswirtschaftlich und finanziell so miteinander verbunden und gegenseitig interessiert, daß sie im Ernste gar nicht daran denken können, es auf die Kraftprobe anzu-

men zu lassen. Denn daß bei einem europäischen Krieg für irgend einen Staat etwas zu gewinnen wäre, ist ganz ausgeschlossen. Nur der Wahsinn kann noch irgendwelche Spekulationen auf einen Krieg zwischen den europäischen Großstaaten hegen. Die Vernunft weist den Weg zur gegenseitigen Verständigung und Abrüstung.

Ist erst einmal diese Verständigung mit England erzielt und damit dem verbrecherischen Treiben der Chauvinisten der Vorwand zur Verhegung dieser beiden Staaten genommen, so wird dadurch die internationale politische Situation sehr erheblich beeinflusst; über kurz oder lang müssen sich die Wirkungen der Verständigung zwischen England und Deutschland auch zwischen den übrigen Staaten bemerkbar machen. Käme als dritter im Bunde noch Frankreich hinzu, so wäre damit eine Friedensgarantie geschaffen, durch die es den beteiligten Staaten zweifellos möglich würde, die Frage der Abrüstung praktisch ins Auge zu fassen.

Einstweilen werden diese Gedanken bei den Anhängern des heutigen Systems noch auf scharfen Widerspruch stoßen. Allein die Vernunft hat angefangen, sich ihren Weg zu bahnen und sie wird schließlich allen Widerständen zum Trotz siegen. Jedenfalls darf die Sozialdemokratie sich ein erhebliches Verdienst an der Tatsache, daß zwischen Deutschland und England bessere Beziehungen eingetreten sind, heimeffen. Sie hat von jeher eine Politik befürwortet, die eine solche Verständigung möglich macht. Das gleiche, was für unser Verhältnis zu England gilt, trifft aber auch für unser Verhältnis zu Frankreich zu.

Je klarer und schärfer das Problem der Abrüstung vertreten wird, um so früher kann und wird es praktisch in Angriff genommen werden. Mögen die jetzt angebahnten Verhandlungen zwischen Deutschland und England ausgehen wie immer sie wollen, die Verständigung muß kommen, wenn in der internationalen Politik nicht der Wahsinn, sondern die Vernunft obliegt.

### 10:16

Zu demselben Thema wird uns aus Berlin geschrieben:

Sehn zu Sechzehn! Seit den Erklärungen der Staatssekretäre v. Tirpitz und v. Jagow in der Budgetkommission des Reichstags beschäftigt sich die ganze Welt mit dieser verheißungsvollen und, wie es manchen scheinen will, erlösenden Formel. Noch vor wenigen Jahren hat die deutsche Regierung mit größter Bestimmtheit erklärt, daß sie sich auf ein Rüstungsabkommen mit England nicht einlasse, daß dieses Abkommen an hundert Schwierigkeiten, vor allem an der Unmöglichkeit, eine mathematische Ausdrucksformel dafür zu finden, scheitern müsse. Jetzt erklärt sich die Regierung über mit dem Vorschlag des englischen Marineministers einverstanden, sie erkennt die Ueberlegenheit Englands zur See an und scheint bereit, in eine Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen auf Grundlage der von Churchill vorgeeschlagenen Formel 10:16 einzutreten.

Man hat in der Öffentlichkeit die Erklärungen der Regierungsvertreter vielfach so verstanden, als ob ein Abkommen über den Rüstungsstillstand zwischen Deutschland und England tatsächlich schon abgeschlossen sei. Wahrscheinlich aber ist jener Teil der Presse recht unterrichtet, der dieser Annahme entgegentritt. Mehr als ein theoretisches Anerkennnis des englischen guten Willens und die Ankündigung, ihm entgegenkommen zu wollen, war in der Rede des MarineSekretärs kaum enthalten.

Die Regierung bereitet sich vor, die Militärmacht des Reiches zu Lande erheblich zu vergrößern. Was sie für die Flotte will, ist ihr im Vorjahr bewilligt worden. Darum kann ihr eine Entlastung nach der maritimen Seite für den Augenblick nur willkommen sein. Sie will einstweilen nicht mehr Schiffe bauen, als das zur Zeit geltende Flottenprogramm vorsieht, weil sie ihre Kraft auf eine Verstärkung des Landheeres konzentrieren will. Der Sieg der Vernunft ist also höchstens ein sehr teilweiser, und das Entgegenkommen der deutschen Regierung an die englischen Wünsche entspringt Erwägungen, die von den Richtlinien der internationalen sozialdemokratischen Politik sehr erheblich abweichen.

Trotzdem sind die Erklärungen der deutschen Regierung erfreulich. Nicht weil sie das Zugeständnis enthalten, daß eine Begrenzung der Rüstungen auf Grund einer bestimmten Zahlenproportion möglich ist. Ein solches Zugeständnis würde zuviel sagen, um befriedigend zu sein, denn tatsächlich besteht ja eine solche allgemeine Möglichkeit nicht, sie besteht nicht zwischen Staaten, die einander feindsich sind und einander misstrauen, sie besteht nur zwischen Mächten, die zu einander Vertrauen hegen und nicht mit der Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges zwischen einander rechnen.

Dies war aber im Streit um die Rüstungseinschränkung in der Tat der springende Punkt. Die Anhänger sagten: „Wir halten das Abkommen für möglich“, und sie fügten laut hinzu: „Wir wollen ein Verhältnis des Friedens und des Vertrauens mit England“. Die Gegner aber erklär-

ten: „Das Abkommen ist unmöglich“ und dachten daher im Stillen: „Ueber heut oder morgen kommt es doch zur Auseinandersetzung mit England, da wollen wir uns nicht die Hände binden lassen.“ Und so ist die veränderte Stellungnahme der deutschen Regierung keine Verbesserung ihrer theoretischen Erkenntnis, sondern, was wertvoller ist, ein Zeichen dafür, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England gebessert haben.

Kann wird auch jetzt nicht m. Längen- und Höhenmaß kommen dürfen, um abzumessen, wie sich die beiden Mächte zu einander verhalten und wer noch ein paar Tonnen dazu bauen muß, damit die Rechnung 10:16 auch wirklich stimmt. Ob sie stimmt oder nicht stimmt, darüber würde sich, wenn die Absicht dazu vorhanden wäre, immer streiten lassen, aber zur Zeit fehlt eben diese Absicht zu streiten: Man will nicht messen und um Kontingente feilschen, sondern man nimmt an, daß keiner der beiden Staaten den Krieg gegen den andern vorbereitet, und richtet sich auf beiden Seiten entsprechend ein. Das ist der Erfolg, der durch ein deutsch-englisches Abkommen erreicht werden kann, ob er schon erreicht ist und auf längere Zeit gesichert ist, darüber weiß man freilich leider nichts Bestimmtes.

Gäbe die deutsche Regierung, wozu sie von der Sozialdemokratie immer wieder aufgefordert worden ist, schon früher eine ähnliche Haltung eingenommen wie jetzt, so hätten das deutsche und das englische Volk Milliarden sparen können.

Ganz ähnlich wie mit den Seerüstungen gegen England liegt es aber mit den Landrüstungen gegen Frankreich. Für das deutsche Volk und für ganz Europa wäre eine freundschaftliche Verständigung mit Frankreich im Augenblick viel nützlicher noch als ein Flottenabkommen mit England. Kann und will uns die Diplomatie die Sicherheit schaffen, daß Deutschland in absehbarer Zeit an der Westgrenze nichts zu fürchten hat, dann ist die neue Militärvorlage total überflüssig. Wenn aber Deutschland sich mit England zu verständigen sucht, um sich gegen Frankreich stark zu machen, dann darf man sich auch wieder darüber nicht wundern, daß sich ein Teil der Pariser Presse von den Berliner Reden nicht eben sonderlich entzückt zeigt. Eine Politik der Verständigung zwischen Deutschland und einer der Westmächte hat nur dann Aussicht auf ehrlichen Erfolg, wenn sie sich nicht zugleich gegen die andre der beiden Mächte richtet. Und das deutsche Volk hat an einer solchen Verständigung auch nur dann realen Gewinn, wenn man das an der Flotte gesparte Geld zu Kulturzwecken verwendet. Wenn man aber etwas weniger Panzerplatten bestellt, um dafür desto mehr Maschinengewehre kaufen zu können, wenn man gegen England weniger rüstet, um gegen Frankreich mehr zu rüsten, dann handelt es sich nur um zwei verschiedene Methoden, dem wirtschaftlichen Bankrott und der internationalen Krise entgegenzutreiben.

Möglich wäre allerdings auch, daß wir nach der neuen Rüstungsvorlage auch zu einer Verständigung mit Frankreich kämen. Auch mit Frankreich sollen ja, wie verschiedentlich behauptet wird, in der letzten Zeit freundschaftliche Versicherungen, Versprechungen und vielleicht noch mehr ausgetauscht worden sein. Dann aber wäre die neue Belastung des Volkes durch die Militärvorlage erst recht unentbehrlich sinnlos, ebenso sinnlos wie die deutsch-englische Milliardenvergeudung der letzten Jahre, die jetzt durch die veränderte Haltung der deutschen Regierung als ganz überflüssig anerkannt worden ist. Im Lichte der neuesten Vorgänge erscheint die bevorstehende Militärvorlage der deutschen Regierung als ein besonders schwerer politischer Fehler. Herr v. Tirpitz und Herr v. Jagow werden wider ihren Willen die besten Bundesgenossen der Sozialdemokratie gegen Herrn v. Heeringen sein.

### Dor dem Generalstreik.

Brüssel, 7. Februar.

Mit 101 gegen 85 Stimmen hat die belgische Abgeordnetenkammer beschlossen, den Antrag der Arbeiterpartei, das Verfassungsrevisionsverfahren zum Zwecke der Einführung des gleichen Wahlrechts einzuleiten, nicht zur Diskussion zu zulassen. Nachdem die Regierung bereits vorher erklärt hatte, daß sie jedes Kompromiß (wie etwa die vom liberalen Führer Symans beantragte Einsetzung einer Studienkommission) prinzipiell ablehnt, steht es fest, daß der Wahlrechtsreform nunmehr alle parlamentarischen Wege versperrt sind. Wie von vornherein zu erwarten war, wird das Parlament nur durch den Druck parlamentarischer Mittel dazu zu bringen sein, dem Verlangen der Arbeiterpartei nach dem gleichen Wahlrecht Recht widerfahren zu lassen. Die Abstimmung der Abgeordnetenkammer bedeutet also beileibe keine Niederlage der Wahlrechtsreform, sondern nur eine Verchiebung des Kampfertrains. Sie hat den von der Arbeiterpartei angekündigten und vorbereiteten Generalstreik zur unausbleiblichen Gewißheit gemacht.

Sobald der Verlauf der heutigen Nachmittags-Sitzung der Abgeordnetenkammer erwies, daß jede Aussicht auf ein Nachgeben der Regierung oder auf eine Wendung zum Kompromiß in elfter Stunde endgültig aufgegeben wer-

den mußte, und daß die liberale Regierungsmajorität entschlossen war, wie ein Mann den von Sozialisten und Liberalen befürworteten Wahlrechtsantrag als indiskutabel niederzustimmen, ergriff der sozialistische Abg. Denis zu einer kurzen Protestrede das Wort, die in den Ruf: Es lebe der Generalstreik ausklang, in den sämtlichen Fraktionsmitglieder der Arbeiterpartei einstimmten.

Genosse Vandervelde verlas sodann vor Eintritt in die Abstimmung im Namen der Fraktion die nachstehende Erklärung:

„Sie sind im Begriffe, zum siebenten Male seit zwanzig Jahren die Verfassungsrevision abzuschließen. Gleich an der Schwelle des parlamentarischen Verhandlungsverfahrens werden Sie einer Reform den Weg versperren, die dem elementarsten Gerechtigkeitsprinzip entspricht und die, wie es einer von Ihnen ausdrücklich anerkannt hat, ebensowohl von den Arbeitern der christlichen Gewerkschaften wie von den Sozialisten gefordert wird.“

Wir haben Sie gebeten, unsern Antrage wenigstens die Ehre einer Diskussion widerfahren zu lassen. Sie haben es nicht gewollt.

Andere Mitglieder dieser Kammer haben Sie beschworen, Ihre vermittelnde Intervention nicht von der Hand zu weisen. Sie haben sie abgewiesen.

Wenn die Sie um Gerechtigkeit ersuchten, wie denen, die Sie um Beschäftigung haben, haben Sie die Staatsraison vorgehalten, den letzten Vorwand der Regierungen, die es nicht wagen, sich über den Klassen- und Parteigegensatz zu erheben.

Die Debatte ist geschlossen. Wir kennen Ihre Ansichten. Sie kennen die unsrigen. Wir wehren uns. Wehren Sie sich! Aber bevor wir zur Abstimmung schreiten, haben wir an die Arbeiter, unsere Auftraggeber, noch ein Wort zu richten.

Den Arbeitern gegenüber haben wir diese letzten Monate nur unanbrennende Aufgaben zu erfüllen gehabt. Wir haben sie in ihrem Glan aufhalten, ihrem berechtigten Zorn zurückzuführen müssen, wir mußten sie zur Ruhe mahnen, während man sie füllte, wir mußten unter den schwierigen Verhältnissen die größten Anstrengungen machen, ihnen Gebuld zu predigen, als ihre Angehörigen die sofortige Erklärung des Generalstreiks forderten.

Wir haben das alles getan, um größeren Unheils aus dem Wege zu gehen, auf die Gefahr hin, der Unentschlossenheit und der Schwäche verdächtig zu werden, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben wollten, daß der Streik vermieden werden möge, weil wir auf jeden Fall wünschten und noch wünschen, er möge ohne Blutvergießen verlaufen.

Mit diesen Hoffnungen ist es jetzt aus. Die Lage, ist jetzt durchaus eindeutig und Sie mögen mir glauben, wenn ich erkläre, daß diejenigen unter uns, die den heftigsten und anfruchtigsten Wunsch hegen, den Streik zu vermeiden, nicht die am wenigsten Entschlossenen und die am wenigsten Entschlossenen sind, an dem nahe bevorstehenden Tage, wo die Arbeiterorganisationen beschließen werden, zu zeigen, daß ihre Resolution keine leeren Worte sind.

Wir haben im Namen der Arbeiterschaft eine Verpflichtung auf uns genommen. Am Anfang dieser Session haben wir erklärt, daß es nicht unsere Gegner sein sollen, die durch die Ablehnung unseres Antrags das Signal zur Arbeitseinstellung geben werden.

Wir wollen sie jetzt daran erinnern. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, auf unser Wort zu hören, die Parole ihrer verantwortlichen Delegierten abzuwarten und dafür zu sorgen, daß keine Gewalttätigkeiten oder partielle Streiks den Erfolg einer Bewegung gefährden, deren Siegesaussichten durch die Halsstarrigkeit und Unnachgiebigkeit ihrer Gegner nur erhöht werden.

Unser Antrag wird gleich abgelehnt werden, aber er wird bald wiederkehren. Gleich nach seiner Ablehnung werden wir mit mehr Siegeshoffnung und Vorgesetzung als je ausrufen: es lebe die Verfassungsrevision! es lebe das Wahlrecht!

Diese Erklärung, deren Text von der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Großen Komitees (so nennt man die speziellen kombinierten Sitzungen des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes) einstimmig gebilligt worden war, soll die Arbeiter gewisser Industriebezirke, von denen befürchtet wurde, daß sie gleich nach der Ablehnung der Wahlrechtsreform spontan in den Streik treten würden, von unüberlegten Schritten zurückhalten. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist ebenso erdittert und zum Teil so aufgeregert, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, damit der Streik nicht eher als zu dem von den verantwortlichen Instanzen als günstig betrachteten Moment ausbricht.

### Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant.  
Von E. Dewitt.

23 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)  
„Ich habe mit Ihnen beiden zu tun.“  
„Mit uns beiden?“ Herr Bunkers Worte klangen betreten. Was konnte es nur sein, daß die Brauerei von ihm und seinem Neffen wollte?  
„Ich glaube, daß es das Beste sein wird, wenn ich Ihnen hier eine Stelle aus einem Briefe vorlese, den ich gestern von Fräulein Messenger empfangen habe.“  
Der Hauptbuchhalter, ein hoher, stattlicher Mann, setzte sich seine Brille auf und suchte nach dem Briefe vor ihm auf dem Pult.  
„Aus dem, was ich Ihnen jetzt vorlesen werde, Herr Bunker“, so begann er, „werden Sie die Ueberzeugung gewinnen, daß die Dienste, die Sie dem verstorbenen Herrn Messenger erwiesen haben, nicht unbelohnt bleiben.“  
„Wirklich?“ fragte Bunker. „Herr Messenger hat mir allerdings oft, wenn wir zusammen waren, eine Belohnung versprochen, die mir nach seinem Tode zugehen sollte.“  
„Er hat indes in seinem Testament Ihrer nicht gedacht. Vermutlich vergaß er Sie; um so dankbarer sollten Sie seiner Enkelin sein, daß sie sich Ihrer erinnert.“  
„Hat sie — hat sie mir etwas geschickt?“  
Der Hauptbuchhalter lächelte. „Ne, sie hat Ihnen in der Tat ein ansehnliches Geschenk geschickt.“  
„Ah!“ Herr Bunkers Finger gerieten unwillkürlich in Bewegung, wie wenn sie Banknoten zählten.  
„Ist es“, forschte er mit zitternder Stimme, „ist es ein Scheck?“  
„Das Geschenk, das Ihnen Fräulein Messenger zugedacht hat, ist wertvoller als ein Scheck.“  
„Es gibt nichts wertvolleres in der Welt als höchstens einer, der auf einen noch größeren Betrag lautet. Dann sind es wohl Banknoten?“

Daß es nunmehr keinen anderen Ausweg mehr gibt, als die Anwendung des äußersten proletarischen Machtmittels, des politischen Massenstreiks, darüber gab es in der Sitzung des Großen Komitees am Mittwoch nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Dort wurde auch die Festsetzung des Datums beraten, zu dem die Arbeiter, die längere Kündigungsfristen haben, ihren Arbeitsvertrag kündigen sollen, und das Resultat dieser Beratungen wurde nur deswegen noch nicht bekannt gemacht, damit die Arbeiter sich nicht auf diese „Drohung“ als auf einen Vorwand für ihre Halsstarrigkeit berufen können. Am nächsten Mittwoch wird jedoch das Große Komitee wieder zusammentreten, um in Bezug hierauf einen endgültigen Beschluß zu fassen. Schon jetzt aber steht fest, daß die Arbeiterpartei in der Wahlrechtsfrage keinen neuen parlamentarischen Vorstoß unternehmen und all ihre Kraft auf die letzten Maßregeln zur Organisierung des Generalstreiks konzentrieren wird, dessen Zeitpunkt nicht über April hinaus verschoben, möglicherweise aber auch früher angelegt werden soll. Die belgische Arbeiterklasse wird den ihr zugeworfenen Fehdehandschuh nicht liegen lassen, dafür bürgt nicht nur ihre Vergangenheit, sondern auch die im Vergleich zu den früheren Wahlrechtskämpfen von 1893 und 1902 agitatorisch wie organisatorisch unendlich überlegene Weise, in der sie schon seit sieben Monaten zum Generalstreik rüstet.

### Deutsche Politik.

**Konservative Steuersehen.** Die „Konservative Korrespondenz“ äußert zu dem Artikel der „Kreuzzeitung“, der sich gegen die Uebertragung der Stempelsteuern auf das Reich wendet, ihre lebhafteste Befriedigung. Sie fügt hinzu: „Schon die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Novelle zum Stempelsteuergesetz im Jahre 1910 und manche der dabei von Vertretern der Linken gestellten Anträge hätten gezeigt, daß gerade die Stempelsteuergesetzgebung Raum für aus politischen Gründen gewünschte Maßnahmen bietet. Wenn auch in der Zukunft an die „Kreuzzeitung“ gesagt wird, daß zu dem Thema im Augenblick überhaupt noch nicht endgültig Stellung genommen werden kann, so sind die Gesichtspunkte, die in der Zuschrift hervorgehoben werden, doch bemerkenswert genug, um den Vorschlag einer etwaigen Umwandlung der einzelstaatlichen Stempelsteuer in eine Reichsteuer jedenfalls als ein recht gewagtes Experiment erscheinen zu lassen.“

Die Konservativen fürchten gewiß ihren Herrgott, sie fürchten nicht minder die Sozialdemokratie, am meisten aber fürchten sie Steuern, durch die sie selbst etwa in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

**Ein neues Spionagegesetz.** Einer Meldung zufolge hat sich die Reichsregierung entschlossen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der eine erhebliche Verschärfung der jetzt gültigen Fassung des Spionagegesetzes darstellen dürfte. Die Vorlage, an deren Ausarbeitung man bereits herangegangen sei, soll möglichst bald den gesetzgebenden Körperschaften zugehen und den Reichstag, wenn irgend möglich, noch in dieser Tagung beschäftigen.

**Die Feldtelegraphie als Spielzeug.** Das Kriegsministerium hat dem Verein christlicher junger Männer in Bochum zur Erlernung der Feldtelegraphie mehrere Morse-Apparate nebst Kabel und sonstigem Zubehör für zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Nach entsprechendem „Studium“ des Systems sollen dann bei den Kriegsspielen Kabel an Wegen und Stegen gelegt und in Funktion gesetzt werden und so der Kriegsspielerei ein weiterer Reiz verliehen werden.

**Die Fleischnot.** Im Herzogtum Braunschweig mit seiner wohlhabenden Landwirtschaft ist der Viehbestand ganz erheblich zurückgegangen. Bei der letzten Zählung am 2. Dezember 1912 ergab sich gegen das Jahr 1907 eine Herabminderung des Rindviehbestandes um 9468 Stück, von 131 462 auf 122 004 und der Schweine um 20 640, von 243 422 auf 222 782. Das ist ein Rückgang beim Rindvieh um 7,19 und bei den Schweinen um 8,48 Prozent. Dazu ist der Bestand an Schafen um 19 456, von 115 171 auf 95 715 und auch an Ziegen um 3917 zurückgegangen.

„Aufgepaßt jetzt, Herr Bunker. Fräulein Messenger schreibt:

„In Anbetracht der mannigfachen Dienste, die der Ihnen gewiß bekannte Herr Bunker meinem Großvater bei der Verwaltung seines Grundeigentums in und um Stepmey erwiesen hat, möchte ich es nicht unterlassen, ihm ein angemessenes Geschenk zu machen und habe deshalb Erkundigungen einzuziehen lassen, was ihm wohl am liebsten sein würde. Wie ich erfahre, hat er einen Neffen, namens Harry Goslett, von Beruf Tischler. — es würde Herrn Bunker sichtlich schwer, die in ihm aufsteigende Erregung zu unterdrücken, — der ohne Beschränkung ist. Ich schlage nun vor, daß Sie ihm eine Anstellung in der Brauerei geben und zu diesem Zwecke eine Werkstatt einrichten, wo er für die Brauerei alle in sein Fach fallenden Arbeiten ausführen mag, solange sich ihm nichts besseres bietet. Es ist mein Wunsch, daß man ihm bezüglich der Arbeitszeit freie Hand lasse und den üblichen Stundenlohn zahle. Die Anerkennung, die Herr Bunker auf diese Weise für die Selbstlosigkeit zuteil wird, mit der er meinem verstorbenen Großvater gedient hat, wird zweifellos mehr nach seinem Geschmack als eine einfache Geldentschädigung sein. Ich zweifle nicht, daß es ihm das größte Vergnügen bereiten wird, derart seinen Neffen zu einer ehrenhaften Beschäftigung zu verhelfen.“

„Sie sehen also, Herr Bunker, — aber — sind Sie krank? Was fehlt Ihnen?“

Das Gesicht des Agenten war purpurrot vor Wut. Dreimal dachte er zu sprechen, dreimal versagte ihm die Stimme. Dann stülpte er seinen Hut auf und raste noch immer sprachlos zum Zimmer hinaus.

„Was ist in ihn gefahren?“ fragte der Hauptbuchhalter. Harry Goslett lächelte.

„Ich glaube“, entgegnete er, „daß mein Onkel einen Scheck erwartet hat.“

„Nun ja“, entgegnete der Buchhalter, indem er abwehrend die Hand hob. „Doch reden wir jetzt von Ihrer Arbeit. Ihre Werkstatt ist schon eingerichtet und man wird Ihnen alle Reparaturen bringen, die sonst außerhalb

Die Bevölkerung ist jedoch in ihrer Personenzahl von 489 321 auf 497 691, also um 8370 oder um 1,71 Prozent gewachsen.

Wie groß die Fleischnot ist, ersieht man auch an dem gewaltigen Rückgang des Fleischkonsums in der Stadt Braunschweig. Nach der amtlichen Statistik des städtischen Schlachthofes sind hier in den vier Monaten September bis Dezember 1912 an Rindern 842, an Schweinen 2250, an Kalbern 581, an Schafen und Ziegen 260 und selbst an Pferden 35 weniger geschlachtet worden, als in den für den Fleischmarkt schon schlechten Monaten des Jahres 1911. In Fleischgewicht umgerechnet, ergibt das einen Minderverbrauch von 475 000 Kilogramm Fleisch. Erhebliche Mengen Fleisch werden aber noch von den Landtschlächtern in die Markthalle und in die Stadt eingeführt. Auch diese Zufuhr ist, gering gerechnet, in dem angegebenen Zeitraum um mindestens 1000 Zentner zurückgegangen, so daß der Fleischkonsum in der Stadt Braunschweig in den Monaten September bis Dezember gegen die gleichen Monate des Vorjahres um 525 000 Kilogramm zurückgegangen ist.

Angeichts solcher Tatsachen wagen die Junker, zu erklären, es gäbe keinen Fleischmangel!

**Ein faules Kolumbus.** Nachdem „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ von dem Vorschlag des Grafen Schwerin, die Stempelsteuern an Besitzsteuerstelle dem Reiche zu überweisen, öffentlich abgerücht, kommt auch noch Herr Erzberger im „Tag“ mit einer entschiedenen Abgabe. Er schreibt:

„Dieser Vorschlag scheint das Ei des Kolumbus zu sein. Trotzdem sehen ihm so erhebliche Bedenken im Wege, daß er als ganz unannehmbar bezeichnet werden muß. Der Vorschlag kommt schon zeitlich viel zu spät; an eine Uebertragung der heutigen Reichsbesitzsteuer an die Bundesstaaten kann man im Ernste nicht mehr denken. ... Dazu kommt ein zweites Bedenken: Die einzelstaatlichen Stempelsteuern sind beim besten Willen nicht als eine „allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer“ anzusehen; wenn man sie näher kennt, bieten sie ein recht buntes Bild der Besteuerung des Verlebes, des Grundbesitzums, der Erbschaften auf Kinder, der Mietverträge, Vollmachten und anderer Verlebssteuern. Unter keinen Umständen kann man sagen, daß dieser Vorschlag der Leg. Wassermann-Erzberger gerecht wird.“

Endlich würde eine solche Abtretung aller Landesstempelsteuern an das Reich eine ungerade Belastung Süddeutschlands und der Kleinstaaten darstellen.“

Man darf den genialen Plan des Dreifassentpräsidenten nun wohl als gänzlich abgefertigt betrachten. Nachdem aber dieses Ei des Kolumbus unter den Tisch gerollt ist, darf das Raten von neuem beginnen. Wie macht man eine Besitzsteuer, die den Besitzenden, wenigstens den Grundbesitzern nichts kostet, sondern womöglich noch etwas einbringt?

### Ausland.

#### Ungarn.

**Teilnahme der Universitätslehrer an dem geplanten Massenstreik.** Eine stark besuchte Versammlung von Universitätslehrern faßte den Beschluß, falls es zum Massenstreik der sozialistischen Arbeiter kommen sollte, an der Universität ebenfalls einen Streik für einen Tag zu veranstalten. Ferner hat man sich darüber geeinigt, die Kinder der streikenden Arbeiter zu unterstützen.

#### Schweden.

**Unter sozialdemokratischer Verwaltung.** Die sozialdemokratische Verwaltung der schwedischen Ehrenarbeiterzeitung (Haug-de-Fonds) bemüht sich, auf allen Gebieten Verbesserungen zu schaffen. Die Franzosen in der Großen wie in der kleinen Republik sind bekanntlich starke Freunde des Alkohol, der unter der Verwaltung viel Unheil anrichtet. In Haug-de-Fonds waren von den 3500 Todesfällen der letzten zehn Jahre 292, deren Ursache der Alkohol war; in derselben Zeit waren unter 87 611 Todesfällen der ganzen Schwedens nur 6197, die der Alkohol verursachte, so daß Haug-de-Fonds vergleichsweise viel ungünstiger erscheint. Die statistische Feststellung, daß an den alkoholischen Todesfällen die Besessenen relativ stärker beteiligt sind als die Arbeiter, ist nur ein schwacher Trost. Unter diesen Umständen wurde von der Stadtverordnetenversammlung (Generalrat) ein sozialdemokratischer

der Brauerei bejorgt wurden. Es ist mir übrigens unverständlich, wozu wir einen Tischler in der Brauerei brauchen. Ich bin mit Ihnen fertig. Doch halt, noch einen Augenblick. Sie scheinen mir ein sogenannter besserer Arbeiter zu sein?“

„Ich habe eine gute Schule besucht“, entgegnete Harry errötend.

„Ich habe gegen eine gute Schule nichts einzuwenden, solange sie die Menschheit nicht unzufrieden macht. Wir können in der Brauerei aber nur nüchterne und zuverlässige Leute gebrauchen, die ihr Gewerbe verstehen. Merken Sie sich das.“

„Ich bin mir noch keineswegs darüber klar“, entgegnete Harry, „ob ich annehmen soll oder nicht.“

„Was? Sie sind sich noch nicht darüber klar, ob Sie die Stelle annehmen sollen? Eine Stelle in Messengers Brauerei? Wissen Sie, daß hier ein jeder, der sich gut ausführt, für sein Leben versorgt ist? Wissen Sie, was Sie wegmerken wollen? Die Stelle nicht annehmen! Mann Gottes! Sie können tatsächlich solange Tischler für die Brauerei bleiben, bis man Sie in den Ruhestand versetzt und Ihnen eine Alterspension zahlt.“

„Ich bitte um einen Tag Bedenkzeit, da ich über meine Zukunft mit mir selbst noch nicht ganz im Reinen bin.“

„Ueberlegen Sie es sich noch einen Tag. Falls Sie sich jedoch morgen nicht in der Werkstatt einfinden, so werde ich Fräulein Messenger mitteilen, daß Sie ihr Angebot abgelehnt haben.“

Harry ging beschleunigten Schrittes davon. Es hatte ihm bisher gefallen, sich für einen Tischler auszugeben, der sich auf der Suche nach Arbeit befand; doch war ihm nie der Gedanke auch nur einen Augenblick ernstlich in den Sinn gekommen, daß ihm Lohnarbeit angeboten werden könnte, und wider Erwarten sah er sich jetzt plötzlich vor die Wahl gestellt, entweder die Stelle in der Brauerei anzunehmen oder als ein entlarvter Schwindler dazustehen.

Da es gegen sein Versprechen verstieß, Fräulein Kennedy während der Geschäftsstunden in dem Hause der kooperativ-Genossenschaft aufzusuchen, schlenderte er langsam

Antrop, schon in der Schule durch Aufklärung der Kinder dem Alkoholismus entgegenzuwirken, einstimmig angenommen. Die Sozialdemokratie verzichtet gern auf die alkoholisierte Begeisterung als „Bundesgenossen“.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein anderer sozialdemokratischer Antrag betreffend Steuererleichterung für die Arbeiterbevölkerung.

Ein italienischer Protest gegen die Kinderausbeutung. In einer Sitzung der Kammer lenkte eine Anfrage die Aufmerksamkeit auf die skandalöse Ausbeutung minderjähriger, italienischer und spanischer Kinder in den Glashütten Südfraunreicht. Obwohl an Kinder unter 12 Jahren Auslandsvisa nicht verabfolgt werden sollen und obwohl der Kinderbesitz in zwei Konventionen mit Frankreich festgelegt ist, besteht dank der Nachlässigkeit der italienischen Gemeindebehörden und der Strupplosigkeit der Eltern und Unternehmer ein schmerzhafter Kinderhandel, bei dem die Kinder „pro Stück“ mit 100 bis 150 Lire gewertet werden. In der Debatte wurde das zynische Wort eines französischen Fabrikdirektors geäußert, der erklärte: „Wir brauchen Kinder und die Italiener sind fruchtbar.“ Die Regierung sagte für die Zukunft eine schärfere Überwachung zu.

Badische Politik.

Schließung des Studiums der Philologie

fordert ein Heidelberger Student in einem offenen Briefe in der „Bad. Landeszeitung“ vom Minister Dr. Böhm. Der Andrang zum akademischen Studium hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen beängstigenden Umfang angenommen. Weder der Staat noch die Gemeinden sind in der Lage, dem massenhaft auftretenden Bedürfnis nach Erlangung passender Stellen zu genügen, so daß die Zahl der stellenlosen Akademiker von Jahr zu Jahr größer wird. Mit Ballastmitteln ist hier nicht viel zu helfen. Unser Schulsystem, das in der Hauptfrage auf den Geldbeutel zugeschnitten ist, muß grundlegend geändert werden. Daran hat der Staat selbst nachgerade das größte Interesse.

Der Streit im badischen Zentrum.

Zu den beiden Artikeln des „Pfälzer Vote“, in welchen der Zentrumsfraktion des Landtags heftige Vorwürfe gemacht werden, schreibt ein Karlsruher Korrespondent der „Straßb. Post“:

Man wird diesen Ausführungen schon deshalb eine gewisse Bedeutung beimessen müssen, weil Artikel an der eigenen Partei beim Zentrum im allgemeinen sehr verpönt ist; und weil der „Pfälzer Vote“ sich sicherlich zu dem Wagnis nicht bereit gefunden hätte, wenn der Angriff auf die Fraktion nicht zuvor die Billigung feines Vorgesetzten, des bisherigen Abgeordneten Frhen. v. Menzingen, gefunden hätte. Wer sich auf Stilproben versteht, wird es sogar wahrscheinlich finden, daß er direkt der Feder des adeligen Zentrumsabgeordneten entstammt. In diesem Falle würde man darin eine kleine Revolte des radikalen Flügels gegen die Fraktionsleitung zu sehen haben, die zunächst in den Händen Lehners und Fehrenbachs und nach Eröffnung des Reichstags in denen des Abg. Kopp lag. Lehner und Fehrenbach waren in den Augen der Innenwogen ja immer etwas „suspekt“. Man hat es Fehrenbach in gewissen Kreisen heute noch nicht vergehen, daß er im Jahre 1886 mit Vender ging und Lehner hat durch seine große Rede auf dem Landtag 1904, in der er das Ergebnis unserer kirchenpolitischen Forderung und Entwicklung anerkennt, peinliches Aufsehen erregt. So kam es, daß Wat er schon 1905 die Parole ausgab, es müssen mehr „Geistliche“ in den Landtag. Aber auch nach dem Landtag 1905 setzte eine ähnliche Heße gegen die Fraktionsführung ein, wie jetzt. Sie hat damals keinen besonderen Erfolg gehabt, da Wader, der nämlich auf dem Standpunkt der Radikalen steht, nur latente interessiert ist und daher die Kritik als hemmend und störend rasch unterbunden hat. Ob das jetzt wieder der Fall sein wird, muß abgewartet werden. Es ist indessen nicht ausgeschlossen, daß der eine oder der andere der genannten Zentrumsführer diese vorzeitigen Versuche der Herabwürdigung ihrer politischen Arbeit mißdeutet und sich vom politischen Leben zurückzieht. Der Gegner ist an diesen Dingen wenig interessiert. Nur soviel kann dazu gesagt werden, daß die radikalen Kritiker sich einer großen Täuschung hingeben, wenn sie glauben, mit ihrer Methode bessere Erfolge zu erzielen. Die Herren, die sich der Führung der Zentrumsfraktion erfreuten, haben sehr genau gewußt, warum sie eine so vorsichtige Haltung beobachteten. Wenn ihre Gegner aus Milder kommen und Lust zeigen sollten, es mit andern Mitteln zu versuchen, so dürften die Rolle des Gefanten im Porzellanladen zu spielen, so dürften sie bald darüber Bescheid wissen, daß das einzige Ergebnis ihrer neuen Taktik nur Scherben wären, die für das Zentrum jedenfalls kein Glück bedeuten.

Der „Bad. Beobachter“ hat bisher gegenüber den Resolutionen des Heidelberger Naturburschen ein auffallendes Stillschweigen beobachtet. Auch die übrige Zentrumspresse hält mit ihrem Urteil zurück.

nach der Pension Bernalad zurück, wo er in seinem Zimmer unruhig auf und ab ging. Es war viel, was er aufgeben sollte, um, er wußte nicht was, dafür einzutauschen. Dinstort würden die Klubs für ihn aufhören zu existieren und es würde keiner jener angenehmen Maßlichkeiten zu zweien oder dreien an den kleinen runden Tischen mehr für ihn geben, kein behagliches Wandern in den bequemen, großen Klubsesseln, keine Gelegenheit, die Gesellschaft schöner junger Damen aufzusuchen und sich mit ihnen zu unterhalten, kein Billardspiel, kein Fechten, Schießen und Reiten mehr — alles, alles mußte mit einem Schläge aufhören. Ja, es ging nicht anders, denn in Zukunft sollte er täglich neun Stunden zum Satze von je zehn Pence die Stunde arbeiten, was einem Wochenlohn von zwei Pfund gleichkommt, wenn man den freien Samstag nachmittags in Abzug bringt. Auch der Gedanke an die bittere Enttäuschung, die er Lord Jocelyn bereiten würde, fiel ihm schwer aufs Herz.

Dann begann er darüber nachzudenken, was ihm sein Opfer einbringen würde.

Er gab sich darüber keinem Zweifel hin, daß für ihn nur eine einzige Belohnung in Frage kommen konnte und daß seine Liebe zu der Schneiderin jenseit war, daß er um ihretwillen auf alles verzichten, ja selbst ein Arbeiter werden wollte.

Dann fiel ihm das Entzagen seines Onkels Bunker bei der Begegnung in der Brauerei ein und er mußte unwillkürlich lachen. Während seine Heiterkeit noch anhält, öffnete sich unerwartet seine Zimmertür und kein anderer als sein Onkel trat ein.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Zentrumsdrohung.

Ueber das Thema „Zentrum und Wehrvorlage“ brachte der „Freib. Vote“ am Samstag einen Artikel, in welchem u. a. folgende Sätze zu lesen sind:

„Lange genug hat das Zentrum wahrhaftig sich als Bewilligungsmaschine der Regierung gefügig gezeigt. Der Lohn dafür war ein Fuhrtritt nach dem andern und der letzte und schimpflichste war der Bundesratsbeschuß über das Jesuitengebäude. Fühlt man denn noch nicht bald den bitteren Hohn, der in einer solchen Behandlung liegt? Die Regierung weiß sehr wohl, daß sie nicht gegen oder ohne das Zentrum regieren kann und doch scheute sie sich nicht, dieses in der schmächtigsten Weise zu behandeln.“

„Oho usque tandem Catilina abutere patientia nostra? Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er zerbricht und heute ist dies endlich der Fall. Das katholische Volk, das seine Interessen beim Zentrum am besten aufgehoben weiß, fordert ganz empört, daß diese Partei, jetzt, wo sie es vermag, die elementarsten Freiheitsrechte für die Kirche durchsetzt und für ihre angesehensten Mitglieder, die Ordensleute, das gleiche Recht erzwingt, wie es Revolutionäre und Königsräuber ungestört genießen. Unsere Gutmütigkeit, über die die Gegner nur lachen, muß ein Ende haben. Wegen die Nationalliberalen und andere geborene „Vaterlandsretter“ in ihrer ohnmächtigen Wut nur das Maßband nehmen oder nicht. Sie haben ihre Wünsche gar oft in einer ganz andern, brutalen Weise durchgesetzt und sie sollen sich heute getäußert sehen, wenn sie glauben, damit Eindruck zu machen. ... Sind wir heute wieder so dumm, den guten Jodel zu spielen, dann haben wir ein für allemal es verschert, fürberhin ernst genommen zu werden und unsere Drohungen werden dem Gegner nur Heiterkeit bereiten. Es gibt gar viele Leute, denen das Zentrum viel zu viel Regierungspartei geworden ist und gerade mit Rücksicht darauf nicht immer mit der nötigen Schärfe aufzutreten ist.“

Die Redaktion des „Freib. Vote“ wählte den leichteren Teil der Tapferkeit und lehnte eine eigene Stellungnahme zu diesen Ausführungen ab. Das war sehr klug von ihr, denn daß das Zentrum dem Rate dieses Artikelschreibers folgt, ist mehr als unwahrscheinlich. Zimmerlin hat der Verfasser des Artikels das Zentrum sehr zutreffend mit der Bezeichnung: „Bewilligungsmaschine für die Regierung“ gekennzeichnet.

20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 8. Februar.

6. Verhandlungstag. Die Beratung der verschiedenen Anträge wurde unterbrochen und zunächst der Bericht der Kommission für die Regelung des Beitrags- und Unterstützungswesens entgegengenommen. Der Berichterstatter K. Meyer-Hamburg betonte, es sei der Kommission nicht leicht geworden, sich auf bestimmte Vorschläge zu einigen. Die Kommissionsvorschläge bewegten sich auf einer mittleren Linie. Die Kommission verlangte die Dauer der Beitragspflicht um 2 Wochen — auf 42 Wochen (der Vorstand hatte 44 Wochen beantragt). Die Beiträge selbst sollen dem Vorstandsvorschlag entsprechend festgesetzt werden und in der 1. Lohnklasse bis inkl. 35 Pf. Stundenlohn für die Zentralklasse 40 Pf., für die Lokalklasse 10 Pf. betragen. Bei je 5 Pf. weiterer Lohn steigen die Zentralclassenbeiträge um ebenfalls 5 Pf., die Lokalklassbeiträge um zwei zu zwei Klassen um je 5 Pf. In der 12. Beitragsklasse, bei einem Lohn von über 85 Pf. pro Stunde, beträgt der Hauptlohnbeitrag 95 Pf. und der Lokalklassbeitrag 35 Pf., insgesamt also 130 Pf. — Das Bezugsjahr für die Arbeitslosenunterstützung — der kritische Punkt bei dieser Frage — wurde von 52 auf 56 Wochen (der Vorstand wollte 58 Wochen) erhöht. Durch die Verlängerung dieser Karenzzeit wird nun bei Ausgetretenen die neue Bezugsberechtigung von dem regelmäßigen Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitslosigkeit immer weiter hinausgeschoben, so daß bei einem Mitglied, das zwei Jahre nacheinander ausgesteuert war, die Bezugsberechtigung im dritten Jahre nicht mehr voll in die Wintermonate fällt. Die Berechtigung zum erstmaligen Bezug von Arbeitslosenunterstützung tritt nach Entziehung von 60 Wochenbeiträgen (bisher 40) ein, die Dauer der Unterstüttung soll wie bisher 36 Tage betragen. Die Höhe der Unterstüttung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse. Es sind drei Unterstüttungsklassen eingerichtet. In die erste fallen die vier ersten Beitragsklassen und beträgt hier die Unterstüttung 50 Pf. bis 150 Pf. pro Tag. Die zweite Unterstüttungsklasse umfaßt die Beitragsklassen 5—7 und wird in dieser eine Unterstüttung von 75 Pf. bis 175 Pf. gewährt. Die fünf höchsten Beitragsklassen bilden die dritte Unterstüttungsklasse, die Höhe der Unterstüttung schwankt zwischen 1 M. bis 2 M. pro Tag. — Die Streikunterstüttung soll etwas erhöht werden. Die Kommission schlägt Sätze von 2 M. pro Tag in der 1. Lohnklasse und von 3,10 M. in der 12. Klasse vor. Für jedes noch nicht der Schulspflicht entwachsene Kind werden pro Tag 20 Pf. bezahlt. Mitglieder im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft erhalten in allen Klassen pro Tag 40 Pf. und im zweiten Jahre ihrer Mitgliedschaft 20 Pf. weniger an Unterstüttung. Die Unterstüttung für Familien verheirateter Streikender, die arbeiten und an dem neuen Arbeitssort keinen höheren Stundenlohn erhalten als am Streiksorte, auch abends nicht nach Hause fahren können, wurde ebenfalls etwas erhöht. Sie beträgt nun 40 Pf. bis 1,50 M. pro Tag, außerdem für jedes schulpflichtige Kind 20 Pf. pro Arbeitstag.

Nach Entgegennahme des Kommissionsberichts setzte zunächst eine lebhafte Debatte über die Frage ein, ob für die Einreichung in die Beitragsklassen zur Ermittlung des Stundenlohnes eine zehnjährige Arbeitszeit oder der wirkliche Stundenlohn zugrunde gelegt werden soll. Es wurde betont, daß bei Berechnung des tarifmäßigen Stundenlohnes Mitglieder, die eine nur neunjährige Arbeitszeit haben, event. in eine höhere Beitragsklasse kommen wie Kameraden bei zehnjähriger Arbeitszeit mit dem gleichen Tagesverdienst. Mit großer Mehrheit beschloß der Verbandstag aber, daß der wirkliche Stundenlohn maßgebend ist.

Die gesamten Vorschläge der Kommission wurden dann in namentlicher Abstimmung mit 90 gegen 45 Stimmen (bei fünf Enthaltungen) en bloc angenommen. Das geänderte Statut tritt bereits am 1. März, die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstüttung treten am 1. Juli in Kraft. Auf Vorschlag der Kommission wurde der Vorstand noch beauftragt, der Vorstandskonferenz die Frage zur Beratung zu unterbreiten, was im Falle einer Mobilmachung mit der Arbeitslosenunterstüttung geschehen soll.

Für die Gehaltskommission berichtete Kube-Berlin. Die Kommission schlug folgende Gehaltskala vor: Erster Vorsitzender, Kassierer und Redakteur Anfangsgehalt 2700 M., Endgehalt 3600 M.; für die übrigen Vorstandsmitglieder Anfangsgehalt 2500 M., steigend bis 3400 M.; ständige Hilfsarbeiter im Hauptverdienst 2400 M. bis 2800 M. steigend; Gauleiter und Hauptstellenangestellte Anfangsgehalt 2200 M., steigend bis 3000 M. Die jährliche Steigerung soll bei allen Angestellten 100 M. betragen, doch sollen die Beamten, welche seit 3 und mehr Jahren keine Gehaltssteigerung erhalten, sofort eine Zulage um 200 M., und diejenigen, die seit einem oder zwei Jahren keine Erhöhung bekamen, eine sofortige Zulage von 100 M. erhalten. Für den Fall, daß sich einzelne Zahlen zuweilen mehren, das Gehalt in dieser Weise zu regeln, soll die

entscheidende Gehaltsdifferenz bis zur nächsten Generalversammlung von der Hauptklasse getragen werden. Der Vorstand soll ferner der nächsten ordentlichen Generalversammlung eine Vorlage für die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Hauptklasse unterbreiten. Die Diäten sollen allgemein um 1 M. pro Tag erhöht werden.

Die Generalversammlung nahm diese Vorschläge ohne Debatte en bloc mit großer Mehrheit an. Die Gehaltssteigerung tritt bereits mit dem 1. Januar dieses Jahres ein.

Bei der Weiterberatung der verschiedenen Anträge beauftragte die Generalversammlung den Vorstand, eine Vorlage über die Versicherung der Mitglieder, die bei der Tätigkeit für den Verband verunglücken, auszuarbeiten. Der Vorstand wurde berechtigt, in derartigen Fällen schon heute eine Unterstützung zu leisten. Ein weiterer angenommener Antrag wendet sich gegen das Treiben der „Fremdgefährdeten“ — dieser aus der Zukunft stammenden Vereinigungen — und bebringt Mitglieder, die sich an deren Ausführeungen beteiligen, mit Ausschluß.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden sämtliche Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Der Ausschuß bleibt in Berlin und kein Vorsitzender Kube.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Sie wurde jedoch nicht geschlossen, sondern nur vertagt. In einigen Wochen wird sie erneut zusammenzutreten und zur Tarifbewegung Stellung nehmen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Februar.

Präsident Dr. Rumpff eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 22 Minuten. — Am Bundesratsstisch erscheint Staatssekretär Lisco. Zunächst wird die Wahl des Abg. Feld, Kopfant der Nationalliberalen, Hannover 6, für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. v. Liebert, Reichspartei, Sachsen 14, wird keine Erhebung beschlossen.

Abg. Dr. Ablaß (Fortschr. Volksp.): Wir müssen uns dagegen wenden, daß der deutsche Richterstand nicht in der Lage sei, sich von Klassenjustiz zu emanzipieren. Viele Fälle der letzten Zeit fordern aber trotzdem die schärfste Kritik heraus. Ein Urteil darüber, ob ein Kunstwerk fittich oder unfittich ist, müsse immer noch den künstlerischen Sachverständigen überlassen werden. Ein Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wäre durchaus zu befürworten, da sich durch eine derartige Liquidation wesentlich höhere Werte aus der Masse herauswirtschaften ließen. Der Resolution der Nationalliberalen bezüglich der Verkaufsrechte der Gemeinden bei Zwangsversteigerungen, kann ich mich nicht anschließen. Nachdem die Frauen sich bei Jugendgerichten bewährt haben, sollte man sie auch als Schöffen zulassen. Es darf nichts daran geändert werden, daß vor den Gerichten alle Bürger gleich sind ohne Ansehen der Person und der Partei.

Staatssekretär Lisco: Bei den von den Vorrednern angeführten Härten Geisteskranken gegenüber handelt es sich um Einzelfälle, die vom Reichsamt der Justiz geprüft werden sollen. Die Resolution der Reichspartei hinsichtlich des Miets- und Pachtzinses ist bereits Gegenstand eingehender Prüfungen im Reichsjustizamt. Was die Eintragung in das Vereinsregister anlangt, so ist die Voraussetzung, daß die Vereine die Rechtsfähigkeit nicht erlangen dürfen, die wirtschaftliche Interessen verfolgen. Das ist bei dem Versteckverein der Fall. Der Minister des Innern hat diesen Standpunkt diesem Verein gegenüber eingenommen. Das ist ein Standpunkt, der, wenn er vielleicht auch falsch ist, die juristische Ueberzeugung hinter sich hat. (Große Heiterkeit links.) Anders ist es beim Bund der Landwirte. Gegen die Eintragung des Bundes der Landwirte ist von zuständiger Seite ein Einspruch nicht erhoben worden. Deshalb mußte er eingetragen werden. Mit der Justiz hat dies nichts zu tun. Hier kam der Minister des Innern in Frage. (Unruhe.)

Abg. v. Trampe (Volksp.): Das Recht der Freizügigkeit wird durch das Enteignungsgesetz beschränkt. Das preußische Gesetz verstößt gegen das Reichsgesetz. Die juristischen Zustände, wie sie sich bei dem Streitprozeß im Ruhrrevier zeigen, wo so viele Meinende geleistet worden sind, wie nie zuvor, wachen sich zu einem offenen Skandal aus. Das Wort „Streitbrecher“ ist überhaupt keine Beleidigung und „pfui“ ist fast parlamentarisch geworden. Seit 30 Jahren wird kein polnischer Richter in polnischen Landesteilen mehr angestellt.

Abg. Dr. Landsberg (Foz.): Wir bedauern, daß Kollege Belzer gegen die Zulassung pensionierter Richter zur Rechtsanwaltschaft protestiert hat. Bisher ist es in der deutschen Rechtsanwaltschaft üblich gewesen, sich als Kollegen zu betrachten und nicht als Konkurrenten. Ein Gesetz gegen die Schundliteratur könnte annehmbar sein, wenn wir nicht immer befürchten müßten, daß seine Handhabung gerade bei preußischer Behörden zu schlimmen Konsequenzen führen müsse. Jede Konkordnerie kann anstandslos auf preußischen Bühnen aufgeführt werden. Gerhardt Hauptmanns „Weber“ mußte erst das Oberverwaltungsgericht freisprechen. Das „Kapital“ von Marx würde leicht als Schund verboten werden. Die Entschädigung für unschuldig erlittene Unterstüttung ist viel zu gering. Der Mahnung des Abg. Warmuth, der deutschen Justiz Vertrauen entgegenzubringen, können wir nicht folgen. Die Korrespondenz des sogenannten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie tut es auch nicht, wenn es sich um Urteile aus dem Großblockade Baden handelt, die ihr nicht passen. Das belamte Wort des Herrn v. Liebert, der Prozeß Peters sei ein Skandalstück der deutschen Justiz, spricht auch nicht von Vertrauen und Achtung für die Rechtsprechung. Und es handelte sich hier noch um ein Urteil des höchsten Gerichtshofes. Wir erheben nicht den Vorwurf wissenschaftlicher Rechtsbeugung gegen die Richter. Aber warum nimmt man sie nur aus bestimmten Bevölkerungsschichten? Das beste Sprungbrett für den Richter ist Schärfe in gewissen politischen Prozessen. Und doch sollte er zuerst sich bestreuen, Herr aller Bourgeois zu werden, die er mit der Muttermilch eingesogen hat. Die goldenen Worte, die der Richter Vornemann beim Prozesse Jacoby äußerte, sollten in das Herz eines jeden Richters gegraben sein: „Je größer die Klust ist, die mich von dem Angeklagten als politischer Gegner trennt, desto langsamer gehe ich zu Werke.“ Es ist obenwärtig, aus politischen Gründen Strafen zu bekommen als sie zu verhängen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Außerordentlich hohe Strafen sind verhängt worden gegen Männer, die nichts weiter getan haben, als daß sie das Wahlgeheimnis gegen die ungeschickliche Verletzung durch parteiliche Wahlvorsteher schützen wollten. Dafür sind sozialdemokratische Wahlkontrollen mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden. Die furchterlichen Urteile im Ruhrrevier entpringen nur der Antipathie gegen die Streikenden. Solche Zustände legen uns die Pflicht auf, von einer Klassenjustiz zu sprechen. Das hoffe, daß die Aufdeckung solcher Fälle beitragen wird zur Verminderung der Menschenopfer, über die unsere Rechtsprechung ihren Weg nimmt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Volk (Zeit.): Der Vorwurf der Klassenjustiz beruht zumeist auf unklarer Darstellung der Gerichtsverhandlungen in den Zeitungen. Große Mißstände haben sich auch bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung herausgestellt. Eine Revision des Gesetzes ist notwendig.

Nächste Sitzung morgen Dienstag, 1 Uhr: Weiterberatung vorher Kurze Anfragen, Abstimmung über die Zoll-erleichterungen bei der Fleischzufuhr, Resolution zum Kapitel Gesundheitsamt. — Schluß 6 Uhr 45 Minuten.

Aus der Partei.

9. badischer Reichstagswahlkreis. Die Gemeindevorsteher-Konferenzen am Sonntag, 16. Febr., finden statt: In Pforzheim für den Amtsbezirk Pforzheim, nachmittags 1 Uhr im „Lobell“; in Verghausen für den Amtsbezirk Durlach, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus zur „Krone“; in Malch für den Amtsbezirk Ettlingen und das Murgtal, nachmittags halb 3 Uhr im Gasthaus zum „Nahlberg“.

10. badischer Reichstagswahlkreis. Am Sonntag, 16. Febr., nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ in Leutenschneut für die Orte: Bulaß, Knielingen, Welsch und Leutenschneut, Gegenstein und Gagsfeld eine Gemeindevorsteher-Konferenz statt mit der Tagesordnung: „Die rechtliche Stellung der Gemeinden gegenüber Staat und Kreis“.

Landtagskandidaturen. Eine Konferenz des 56. Landtagswahlkreises (Schweibingen) stellte als Kandidaten für den 56. Wahlkreis von bisherigen Abgeordneten Genossen Jakob Kahn auf. — Auf der Konferenz für den 57. Landtagswahlkreis Mannheim-Vand wurde als Kandidat der feiburger Abgeordnete des Kreises Genosse Friedrich Wechold-Ebingen nominiert.

Ausschluß aus der Partei. Vom Bezirksvorstand in Frankfurt a. M. wurde der Modellzeichner Ludwig Kettner, geboren am 28. März 1885 in München, zurzeit wohnhaft in Hamburg, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Kettner hat im vorigen Jahre in Nied a. M. neben anderen Manipulationen Parteigelder beantragt. Der „Vorwärts“ hat bereits vor Monaten vor Kettner gewarnt.

Kommunalpolitik.

Fortschrittliche Handlanger der Reaktion.

i. Singen (Amt Durlach), 9. Febr. Bei der am Freitag, 7. d. M., hier stattgefundenen Gemeindevorstandswahl wurden die Kandidaten der Reaktion dank der Haltung der Fortschrittler mit 80-85 Stimmen gewählt. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei erhielten 60-75 Stimmen. Der Ausschluß der Wahl hat uns zwar nicht überrascht; wir haben schon in einem früheren Artikel darauf hingewiesen, was für eine Schändlichkeit die Herren Fortschrittler auch hier wieder wahrscheinlich treiben werden. Es ist ja auch das erzieherische, daß die Herren den Mund so weit (80 cm) aufreißen und eigene Kandidaten aufstellen, um dann kurz vor der Wahl dieselben zurückzuziehen, womit nur der Reaktion geholfen wird. Denn der Mut und die Kraft fehlt ihnen wirklich, eigene Kandidaten durch die Wahl zu führen. Sie würden schändlich abscheiden. Wahrscheinlich glauben die Herren, die Sozialdemokraten würden zu ihnen kommen, um ein Kompromiß anzubieten. Wir danken aber dafür, nachdem wir mit der Ehrlichkeit der Fortschrittler schon so viele Erfahrungen gemacht haben, z. B. bei der Gemeindevorstandswahl vor drei Jahren, wo ein Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittler bestand, wonach die Sozialdemokraten zwei und die Fortschrittler einen Kandidaten erhalten sollten. Am Tage der Wahl forderte dann ein Agitator der Fortschrittler, der mit den Sozialdemokraten Wahlarbeiten zu verrichten hatte, Wähler auf, einen Kandidaten der Sozialdemokraten zu streichen und seinen Schwiegervater darauf zu schreiben, der von den Konservativen aufgestellt war; das Resultat war dann auch, daß zwei Sozialdemokraten nur einer gewählt wurde, außerdem ein Fortschrittler und ein Konservativer, eben der Schwiegervater jenes Herrn! Bei der Kreiswahlmännerwahl schmiereten uns dann diese ehrlichen Politiker ebenfalls an. Bei der Bürgerausschusswahl zur zweiten Klasse letztes Frühjahr behaupteten die Fortschrittlerpolitiker den Reaktionären ebenfalls zum Siege. Wie haben sich weiter die Fortschrittler, die auf Stränden der Sozialdemokratie auf's Rathaus geholt sind, dort benommen? Wie schickten sie sich zu den Anträgen der Sozialdemokratie? Schulgeld usw. betr. Die ganze Politik dieser Leute war alles, nur nicht fortschrittlich. Welche Braut zur Charakterisierung dieser Leute nicht gesagt werden.

Um neben dem Betrag nun noch die Grubelei zu sehen, erkennen jetzt die Fortschrittler, wenn der Artikel am Donnerstag im „Volkstempel“ nicht erschienen wäre, dann hätten sie welche Fettel abgegeben, eventuell sogar für die Sozialdemokratie gestimmt. Das ist Humbug, eine leere Ausrede. Der Artikel ist erschienen auf Grund von Aeußerungen eines Vertrauensmanns der Fortschrittlichen Volkspartei. Der Mann erklärte, daß bei Parteistellungen schon heftige Debatten wegen eines Kompromisses mit den Konservativen geführt worden seien. Wir werden bei der Erwählung der Bürgerausschussmitglieder, die durch die Gemeindevorstandswahl notwendig geworden ist, sehen, was der Erfolg dieser Debatten ist. Daß sich die Herren Fortschrittler über den Artikel so aufgeregt haben, ist leicht begreiflich. Die Wahrheit hört man nicht gern, wenn man dadurch solcher Art bloßgestellt wird.

Wenn wir auch kein Mandat gewonnen haben, so kann die Arbeiterschaft von Singen auf das Resultat doch stolz sein. Vor drei Jahren erhielten wir bei dem Zusammengehen mit den Fortschrittler 84-76 Stimmen; am Freitag, wo die sozialdemokratische Partei zum erstenmal selbständig vorging, erhielten wir ohne jede Hilfe 60-75 Stimmen. Wir sind in Ehren unterlegen und brauchen uns nicht zu schämen. Zu schämen brauchen sich nur jene verräterischen Volksparteiler. Für die Arbeiter und Parteigenossen vor Singen heißt es nun aber: Nicht ruhen und rasten, bei der Vorbereitung nicht erlahmen! Der Wahlsieg hat uns eine neue Mitglieder gebracht. Die in der Agitation tätigen Genossen werden von neuem an die Arbeit gehen, um die Schlagfertigkeit der Organisation zu festigen und neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Parteienossen! Tue jeder auch weiterhin seine Pflicht, gebe jeder mit frischem, frohem Mut an die Arbeit und wirke aufklärend im Sinne unserer Bestrebungen, für die Partei und für die Arbeiterpresse. Dann werden wir bald die Macht haben, die uns den Sieg gewährt und hohet und an der alle Intrigen des Fortschritts wirkungslos zerfallen.

Voranschlagsberatungen. Der Bürgerausschuss der Gemeinde Roldwimmerbad genehmigte den Voranschlag für das Jahr 1913 mit einem Umlagefuß von 67 Pfg. gegen 60 Pfg. im verflochtenen Jahre. — Die letzte Bürgerausschussung der Gemeinde Schönau beschäftigte sich ebenfalls mit dem Voranschlagsfähigen. Der Umlagefuß kann mit 45 Pfg. beibehalten werden.

Feuerungszulagen in Mannheim. Die Hauptlehrer der Volksschule, ferner die Arbeiter und Fabrikbediensteten der Strabenbahn, sowie das Hoftheaterpersonal haben Gesuche um Neuregelung ihrer Bezüge eingereicht. Der Stadtrat hat beschlossen, angesichts der anhaltenden Teuerung den Gesuchen durch Bewilligung von Ergänzungszulagen zu entsprechen. Der durch diese Maßnahmen, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollen, entstehende jährliche Aufwand beträgt: Für die Volksschullehrer 65 500 M., für die Arbeiter 86 000 M., für das Hoftheaterpersonal 47 000 M., für die Fabrikbediensteten der Strabenbahn 28 150 M., für die Beamten 64 750 M., zusammen 292 000 M. Ueber diese Aufbesserungen hat nun noch der Bürgerausschuss zu entscheiden.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

St. Der Bürgerausschuss beschäftigte sich in der Sitzung vom 24. Januar d. J. mit der Herbeiführung der Steigenholztalstraße. Bürgermeister Dr. Hofner gab bezüglich der Mifere, die durch die Trottoirherstellung entstand, instruktive rechtliche Aufklärung über den Bezug der Angrenger zu den Straßensojen, dabei auf die Beschlüsse hinweisend, die der Bürgerausschuss verschiedentlich faßte, und welche selbstverständlich verbindliche Rechtskraft erlangten. Ein letzter Beschluß wurde laut zugegangenem Bericht (über allgemeine Grundzüge) am 20. Juli 1911 gefaßt. Nach der Vorlage des Gemeinderats gab es über den Bezug von keine Veranlassung zur Kritik bezüglich der Herbeiführung der Steigenholztalstraße. Der Gemeinderat leitete aber den Antrag in zwei Teile. Der erste Teil verlangt die Summe von 28 278 M., der zweite Teil das hierzu nötige Gelände. Der erste Antrag erhielt in namentlicher Abstimmung 37 für, 34 dagegen. Der zweite Antrag erhielt Stimmengleichheit, war also abgelehnt. Es ist aber anzunehmen, daß diese beiden Anträge zu einem hätten verbunden werden können. In der Gemeindevorstandswahl findet sich keine, soweit wir Durchsicht genommen haben, derartige Bestimmungen, solche Anträge zu teilen. Es mag eingewendet werden, ja die Geländerverbindung gibt ja wieder eine Straße für sich. Das mag auf den ersten Blick stimmen, wird aber hinfallig, wenn man bedenkt, daß durch die Straße des Rangenwinger-Medegerebietes eine Verbindung zur inneren Stadt hergestellt wird. Da sich nun Zweifel ergaben, ob die Abstimmung richtig und Rechtskraft erlangen sollte, wird der Bürgerausschuss, wie wir dem Gemeindevorstandsbereich entnehmen, über diese Angelegenheit nochmals beraten. Nun sprechen wir den Wunsch aus, der Gemeinderat möge mit Rücksicht auf die im Bürgerausschuss vertretenen Arbeiter und kleinen Geschäftskreise eine Abmilderung einbringen.

Unfall. Montag früh geriet der 17 Jahre alte Arbeiter Josef Neuter aus Bruchhausen in der oberen Papierfabrik von Gehr. Buhl mit dem Fuß in eine Papiermaschine. Durch die Stannräder wurden ihm einige Behen zerquetscht und die Haut vom Schienbein abgezogen. Man verbrachte den Verunglückten mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus nach Karlsruhe. — Wie wir erfahren, waren die Schutzvorrichtungen an der Maschine mangelhaft.

Bruchsal.

L. Der „Ausschuß des Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs“ hielt am Samstag im Rathaussaal eine längere Beratung ab. Aus allen Gegenden des Landes waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. Vor Beginn der Sitzung wurde unter freundlicher Führung und sachkundiger Erläuterung des Bruchsaler Verkehrsvereinspräsidenten das Schloß eingehend besichtigt, ein in Deutschland wohl einzig vorhandenes Baumwerk der Rokokozeit in so hübsoller Schönheit. Ja, die Herren fürsichtige haben es verstanden, sich schon bei Lebzeiten ein Gloriosa auf Erden zu schaffen. Unter den vielen Beratungsgegenständen war für die Allgemeinheit von besonderem Interesse die badige Herausgabe eines neuen Eisenbahn-Albums; ferner die zugestandene Schmückung der Wagen der durchgehenden Schnell- und Glüge mit hübschen Bildern aus verschiedenen Gegenden des herrlichen Badner Landes.

Baden-Baden.

Volkssymphoniekonzert. Trotz des herrlichen Frühlingstages, das zum Spazierengehen förmlich herausforderte, war das gestrige Volkssymphoniekonzert sehr gut besucht. Das Programm würde unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Hein vorzüglich durchgeführt, leider machte sich die mangelhafte Akustik der Turnhalle bei der Wiedergabe der Symphonie noch mehr bemerkbar, als beim Beethovenkonzert. Einige Sätze klangen fast zu dünn. Mit feinsinnigen Empfinden und vollendeter Technik spielte Herr Andren das Solo für Cello von Saint-Saens. Wendebens ewig jugendfröhliches Werk der Sommerachtsstimmung wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen. Bei der Wiedergabe des Wertes fiel besonders die Partie der Hörner sehr angenehm auf. Die von der Stadtverwaltung herausgegebenen Einführungen bewährten sich auch diesmal wieder.

Vortrag. Auf den heute Dienstag abend stattfindenden Vortrag des Konsumvereins sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

Offenburg.

L. Immer zwei Eisen im Feuer hat das Zentrum. Unsere städtischen Arbeiter wollten vor Jahr und Tag eine Feuerungs- oder Lohnzulage. Frontme Arbeiter waren schon deshalb dagegen, weil dadurch die Begehrlichkeit der privaten Arbeiter ebenfalls gereizt würde. In der letzten Ausschussung legte sich aber ein Zentrumsarbeiter für die Interessen der Arbeiter scheinbar ins Zeug. Der eine Schwärze muß für die Arbeitgeber, der andere für die Arbeiter e h m e r losgehen. Man merkt aber die Wahlkniffe.

Eutingen, 10. Febr. Im zur Suche nach dem vermissten Hofwart Keller in verstärktem Maße anzulegen, hat nun auch die Staatsanwaltschaft neben den von der Pforzheimer Jagdgesellschaft Hagenschick und der Riefelstronner Jagdgesellschaft ausgeschickte 100 M. eine Belohnung von 200 M. für die Auffindung des Vermissten ausgesetzt. Der Gut des Keller ist bekanntlich am Sonntag früh in der Eng von dem Briefträger Feil hier gefunden worden.

Wiesloch, 9. Febr. Auf der Fahrt von Wiesloch nach Heidelberg geriet ein in Heidelberg wohnhafter russischer Student gehörendes Automobil in Brand und wurde erheblich beschädigt. Die Insassen blieben unversehrt.

Mannheim, 10. Febr. Veteranenpflichtung. Gen. Rat Dr. Karl Reich hat dem Präsidium des Bad. Militärvereinsverbandes zur Verwendung im laufenden Jahre für die d. r t i g e badische Veteranen aus den Jahren 1866 und 1870/71 die Summe von 10 000 M. zur Verfügung gestellt. In erster Linie sollen solche Veteranen berücksichtigt werden, die in einem der gemachten Feldzüge verwundet oder durch deren Folgen an ihrer Gesundheit geschädigt wurden.

Weinheim a. d. B., 10. Febr. Die 20jährige Tochter des Bezirkstierarztes D i k k a s ist seit Freitag spurlos vermisst. Man vermutet, daß das durch seine Schönheit auffallende Mädchen Mädchenkindern in die Hände gefallen ist.

Forbach, 9. Febr. In einer Versammlung zu Schönebrunn wurde vorgeschlagen eine „Murgalstrom-Genossenschaft n. b. S.“ gegründet. Die Gesellschaft beabsichtigt, vom 1. Mai an täglich fünfmalige Verbindung zwischen Forbach und Murgalstrom herzustellen.

Gutach, 10. Febr. In der letzten Nacht wurde der Bahnhofs-Armbruster in seinem Wirtshaus e r h ä n g t aufgefunden. Was den Mann, der in ganz geordnetem Verhältnisse lebte, zu diesem Schritte veranlaßte, ist nicht bekannt. Man neigt zu der Ansicht hin, daß es sich nicht um einen Selbstmord, sondern um ein Verbrechen handeln könnte.

Wellingen, 10. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ist hier vorgekommen. Die Witwe Ecker wurde gestern vormittag in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Der Körper der alten Frau war fast ganz verrotzt. Man nimmt an, daß die Kleider der Witwe am Herd Feuer fingen und daß die Frau, da keine Hilfe zur Stelle war, lebendigen Leibes verbrannte.

Neuenburg, 10. Febr. Eine 50jährige Frau versuchte aus Unvorsichtigkeit eine Nähnadel, die sie im Munde hielt. Die Frau kam nach Freiburg zur Operation.

Singen a. S., 11. Febr. Der 30jährige Witwer Baumgartner stürzte beim Verlassen einer Wirtshaus die Treppe hinunter und zog sich einen so schweren Schädelbruch zu, daß der Tod alsbald eintrat.

Radolfzell, 10. Febr. In Gailingen entfiel in der Wohnung des Schneiders Lampenham durch das Herabfallen einer Petroleumflasche ein Brand, bei dem ein 14jähriges Mädchen den Tod in den Flammen fand. 4 Familien wurden durch den Brand obdachlos.

Malsch, 9. Febr. Die Ehefrau des Jakob Suhm geriet auf der Suche nach ihrem Mann, der nicht rechtzeitig von der Arbeit zurückkehrte, in einen Graben, in dem sie, weil sie sich nicht erheben konnte, die ganze Nacht zubringen mußte. Sie wurde am anderen Tage halb erfroren aufgefunden und starb später in einer Scheune (!), in die man sie laut „Dr. Nachr.“ gebracht hatte.

Meintems (Amt Lörzach), 9. Febr. Auf der Hiesigen Station wurde der Hilfsbremser eines Güterzuges von einem durchfahrenden Schnellzug erfasst und dem Unglücklichen ein Bein vollständig abgefahren, sowie der andere Fuß schwer verstaumelt.

Der Bezirkssturntag des 3. Bezirks (10. Kreis) des Arbeiterturnverbundes.

welcher am 9. Februar in Grödingen (Gasthaus zum „Bühnenhof“) stattfand, war von 8 Mitgliedern der Bezirksleitung und 118 Delegierten besucht. Bezirksvertreter J a d eröffnete und begrüßte den so gut besetzten Turntag, worauf auch der Vorsitzende des Hagsfelder Vereins den Turntag begrüßte und der Seppelverein „Frohstimm“ einen Chor vortrug. Sodann wurde J a d -Grödingen als 1. Schöttle-Pforzheim als 2. Vorsitzender, Landmesser-Karlsruhe und Kühnle-Durlach als Schriftführer des Turntags bestimmt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Bezirksvertreter ausführliche Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht und äußerte seine Befriedigung darüber, daß die Zahl der Bezirksvereine von 37 auf 44 und die Mitgliederzahl von 2904 auf 3422 gestiegen ist. Fünf der neuen Vereine (Hagenbach a. M., Mandel, Liebelsheim, Wiesloch, Meins-Willich) sind Neugründungen, während zwei Vereine (Untermythenbach und Hünthelm) aus der Deutschen Turnerschaft übergetreten sind. Auch einige der alten Bezirksvereine, z. B. Karlsruhe, Dürmersheim, Malsch, Badach, haben einen wesentlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Weiter kam der Bezirksvertreter auf die Nichtzulassung unserer Vorturner zu dem staatlichen Vorturnkurs und auf die Widerstände gegen das Schülerturnen in einzelnen Orten zu sprechen und gab zu letzterem Punkte einen interessanten Schriftwechsel mit der Grödingener Ortsfahrbörde bekannt. Bezirkssturnwart Stein-Karlsruhe berichtete über die stattgefundenen Vorturnstunden und die turnerischen Veranstaltungen der Gruppen. Der Massenbericht, von Bezirkssturnwart K u m m -Grödingen gegeben, bezeichnet 895,69 M. Einnahme und 872,61 M. Ausgabe. Das Bezirksvermögen beträgt 257,28 M. Die Bezirkskassette verfügt über 341,31 M. Diese war für verschiedene Vereine von großem Nutzen. In der anschließenden Diskussion wurden noch einige Ergänzungen zum Bericht und Erfahrungen zum besten gegeben und der Bezirksleitung der Dank für ihre umsichtige, erfolgreiche Geschäftsleitung ausgesprochen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde beschlossen, zur besonderen Bearbeitung und Förderung der Spielbewegung im Bezirk einen besonderen Bezirksspielleiter der Bezirksleitung beizugeben. Das Bezirkssturnfest findet Ende Juli in Grödingen statt. Die Neuwahlen des Bezirkssturnrates konnten per Affirmation vorgenommen werden und wurden einstimmig gewählt: als Bezirksvertreter J a d -Grödingen, Stellvertreter K u h n l e -Durlach, Kassier K u m m -Grödingen; Bezirkssturnwart Stein-Karlsruhe; 2. Turnwart Schiefer-Karlsruhe; Frauenturnwart und Bezirksspielleiter werden auf der nächsten Bezirkssturntag gewählt. Die Wahl der Gruppenleiter haben die Gruppenortorte Karlsruhe, Pforzheim, Heilsheim vorzunehmen. Zum Kreissturntag wünschte der Bezirksvertreter möglichst zahlreiche Beschädigung seitens der Bezirksvereine. Als Delegierte zum Bundessturntag wurden zur Urtwahl vorgeschlagen: J a d, Stein, Schöttle. Im weiteren Verlaufe wurde auf die arbeitserfindlichen Tendenzen des Jungdeutschlandbundes hingewiesen, dem auch fast sämtliche Vereine der Deutschen Turnerschaft angehören. Immer wieder müssen die organisierten Arbeiter aus dem Treiben dieses Bundes aufmerksamer gemacht werden. Der nächste Bezirkssturntag findet in Daxlanden statt.

Am Schlusse der Verhandlungen richtete der Bezirksvertreter ernste und beachtenswerte Worte an die Delegierten mit der dringenden Mahnung, unablässig weiterzuarbeiten für unsere schöne Arbeiterturnbewegung, daß sie — allen Anstrengungen unserer Gegner trotzend — weiter wachse, blühe und gedeihe. Damit hatte der Turntag sein Ende erreicht und trennten sich die Teilnehmer unter Abfragen des Liedes: „Freiheit hoch in Ehren soll unser Wahlpruch sein“.

Luftschiffahrt und flugsport.

Zwei Flieger ins Meer gestürzt.

Danzig, 8. Febr. Der Albatros-Doppeldecker Westpreußen mit Kapitanleutnant Jenecki und dem Wobner Obermaschinistenmaat Diekmann an Bord ist gestern nachmittags kurz nach 4 Uhr auf dem Rückflug von dem großen Greizerplatz in Rangefuhr nach Putzig zwischen Poppot und Wberkschopf in die Ostsee gestürzt. Beide Flieger fanden den Tod in den Wellen. Sie waren gestern vormittag 10 Uhr in Putzig zu einem Ueberlandflug nach Stolp aufgestiegen, mußten aber wegen widrigen Windes bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Um 4 Uhr wurde die Rückfahrt nach Putzig angetreten. Ueber dem Meer bei Popot brach plötzlich der eine Flügel des Flugzeuges, das ins Wasser stürzte. Segelboote, die auf See waren, nahmen sofort den Kurs nach der Unglücksstelle, fanden von den Verunglückten jedoch keine Spur. Der Absturz erfolgte aus 150 Meter Höhe. Der Apparat ist vollständig zertrümmert. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Neues vom Tage.

Um Strahburger Alarm.

Strahburg i. G., 8. Febr. Der Ueber der Strahburger Alarm, B o l t e r, erlitt bei seiner gestrigen Vernehmung einen Lohndruckanfall, jedoch er in die psychiatrische Klinik überführt werden mußte. Gestern erfolgte in der Angelegenheit eine zweite Verhaftung. Der Schriftsteller Jung, der erst vor kurzem mit einer Broschüre über die Hagenauer Garnison unliebsames Aufsehen erregte, ist als Abänder des Telegramms an eine Zeitungserrektion, in dem Woller die Ausführung seines Streiches ankündigt, ermittelt worden. Er wird als Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen werden.

Berlin, 8. Febr. Der Kaiser soll sich sehr unwillig über die Depechenfälschung und die Klarmierung der Strahburger Garnison geäußert haben. Wie eine Korrespondenz zu melden weiß, hat der Kaiser gesagt: „Ja, lesen denn die Herren keine Zeitung, da stand es doch groß darin, wo ich getreten bin.“

Unterhaltungsblatt zum Volkstempel.

gestaltet. Fern und sind auf Schloßhofen aus Fremden kommen zu lassen, eine Sezession, von der die Strafvermeidung aufhängen, des fruchtigsten Nationalmüßwillens viel zu oft.

von der v. spartanisch-im Eismeer liegen soll. Der Gestirner eines blonder Menschenhänkes unter den Eismas, Witzhalten der Eismas, der Eismas von der Eismas keine unheimlichen

Vom Militärkabinett ist drablich Bericht aus Straßburg eingeleitet.

Zur Danauer Typhusepidemie.

Hannau, 8. Febr. Die Typhusepidemie beim 1. Bataillon des Eisenbahn-Regiments hat in der verflochtenen Nacht das 16. Opfer unter den aktiven Soldaten gefordert.

Eisenerudidrama.

Nürnberg, 8. Febr. Ein Eisenerudidrama hat sich gestern Abend hier abgespielt. Ein 23jähriger Glaser kauerte einem Unteroffizier und seiner Geliebten, einem sehr schönen Mädchen, auf und gab mehrere Schüsse auf beide ab.

Erdbeben.

Rom, 8. Febr. In verschiedenen Teilen Süditaliens wurden gestern starke Erdstöße verspürt. Besonders traten die Erderschütterungen in der Provinz Capria auf.

Die Südpolexpedition Scott verunglückt.

London, 10. Febr. Nach einer Depesche des Globe aus Neuzealand hat Kapitän Scott den Südpol am 18. Januar 1912 erreicht. Auf der Rückkehr wurde seine Expedition im Schneesturm verheert.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Febr.

Agarische Fete gegen das Gefrierfleisch.

In Nr. 29 der Allgemeinen Fleischerzeitung in Berlin (vom 4. ds. Mts.) ist unter der Ueberschrift 'Ein Urteil über australisches Gefrierfleisch' eine angeblich aus Karlsruhe berichtete Notiz erschienen, in der behauptet wird, daß das verführerische hier eingeführte Hammelfleisch in keiner Weise den Erwartungen entspreche.

Kalt Wasser her für die 'Badische Presse'.

Wir lesen in der 'Badischen Presse' von gestern mittag: 'Frankfurt a. M., 10. Febr. (Privattele.) Wie die 'Frankfurter Nachrichten' melden, wird voraussichtlich die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit Prinz Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, dem Sohn des Herzogs von Cumberland, proklamiert werden.

Wie gesagt, die amtliche Verkündigung der Verlobung steht für die nächste Zeit bevor.

Dem gleichen Blatte wird aus Berlin gemeldet, daß man die Abfahrt der kaiserlichen Familie nach Karlsruhe in Verbindung mit dem wiederholt aufgetauchten Gerücht von einer Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August zu Braunschweig-Lüneburg bringt.

'Die Reise ist, wie uns weiter ein Privattelegramm meldet, erst in später Nachmittagsstunde angeordnet worden. Die Rückkehr des Kaisers, der gestern noch beabsichtigte, dem Regimentsfeste des 1. Gardefeldartillerie-Regiments beizuwohnen, nach Berlin ist für den 12. Februar früh 8 Uhr 30 Min. in Aussicht genommen.'

Zehn Zeilen weiter unten: 'Alle in Betracht kommenden Betriebs- und Maschineninspektionen, sowie die Stationsämter sind auf 'streng geheim' Wege schon am Samstag vertändigt worden.'

Danzlanden.

Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, 12. d. Mts. findet im Lokal Gasthaus zur 'Linde' eine sehr wichtige Versammlung des sozial. Wahlvereins statt. Genosse Stadth. Müller-Würz wird einen aktuellen Vortrag halten. Auch wird Stellung zur nächsten Landtagswahl, die diesen Herbst stattfindet, genommen werden.

Aufklärung zu schaffen für den Landtagswahlkampf, der dieses Mal ein heisser werden wird.

Mary-Vorträge.

Heute Abend halb 9 Uhr Fortsetzung der Mary-Vorträge des Gen. Dr. Dieb. Auf den pünktlichen Beginn sei noch besonders aufmerksam gemacht.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-Arbeiter. Bei der gestern Abend stattgefundenen Wahl des Gefellenausschusses zur Zwangsinnung des Schneiderhandwerks ging die von unserm Verband aufgestellte Liste glatt durch. Gewählt wurden mit je 60 Stimmen die Kollegen Ludwig Erb, Friedrich Lange als Ausschussmitglieder und Franz Geiger, Karl Ulrich als Ersatzmänner.

Wettbewerb für die Bebauung des Geländes des alten Bahnhofes und des Festplatzes. Die Ausstellung der Entwürfe in der Aula der Technischen Hochschule ist bis einschließlich Donnerstag, den 13. ds. Mts., verlängert worden (Offenhaltungszeit 11-4 Uhr). Von Samstag, dem 15. ds. Mts., an können die nicht preisgekrönten und nicht zum Anlauf empfohlenen Entwürfe beim städtischen Tiefbauamt, Rathaus Zimmer Nr. 134, abgeholt werden.

Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen und die Karlsruher Eisenbahn-Gesellschaft, so lautet das Thema eines Vortrags, den morgen Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr Herr Dr. Fesolt (Berlin) im großen Saale des Friedrichshofs in einer öffentlichen Versammlung halten wird.

Seimatische Kunstpflege. Am Montag, 17. Febr., abends 8 1/2 Uhr, wird im Künstleraal des 'Krokolit' der Schweizer Dichter Alfred Hugenberg aus Gerolstein bei Frauenfeld (St. Zürich) eine Vorlesung von noch nicht veröffentlichten Dichtungen gehalten.

Deutscher Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Karlsruhe. Der nächste Vortrag findet ausnahmsweise diesmal am Freitag, 14. Februar, abends halb 9 Uhr, im großen Rathhauseaal statt und wird Herr Dr. Neumann, Neurologe hier, über 'Arzneiliche und arzneiliche Behandlung von Nervenkrankheiten' sprechen.

Symphoniekonzert der Leibgrenadierkapelle in der Festhalle. Das 4. vollständige Symphoniekonzert der Leibgrenadierkapelle (Mittwoch, 12. Febr., abends halb 9 Uhr, in der Festhalle) ist der Erinnerung an Richard Wagner geweiht, dessen 80. Geburtstag für den 13. Februar bedacht ist.

Besuch des neuen Militär-Luftschiffes. Gestern nachmittag kurz nach halb 5 Uhr erschien das neue Militär-Luftschiff 'Centaur 2' über der Stadt. Das Luftschiff kreuzte längere Zeit über dem Schloß und dem großen Palais und kehrte dann nach Oos zurück.

Bei einem Einbruch in der Jahntafel, der in der Nacht zum 8. d. M. verübt wurde, fielen dem Täter 161 M., ein Revolver und eine große Anzahl entwerteter österreichische Briefmarken in die Hände.

Durch den bekannten Beschleiser wurde die Inhaberin eines Zigarrenladens um 10 M. geschädigt. Der unbekannt Beschleiser ist etwa 30 Jahre alt, mittelgroß, blond und trug grauen Lederjacket.

Letzte Nachrichten.

Vertagung des japanischen Parlaments.

Tokio, 10. Febr. Nach einer eigens zusammenberufenen Ministerkonferenz ist heute das Abgeordnetehaus, als es im Begriffe war, sich zu versammeln, durch kaiserlichen Erlass vertagt worden.

Die Revolution in Mexiko.

Newport, 10. Febr. Nachrichten aus der Hauptstadt Mexiko zufolge haben die Porfiristen, die Anhänger des im Jahre 1911 vertriebenen Präsidenten Porfirio Diaz, seit Monaten die Erhebung gegen den jetzigen Präsidenten Madero vorbereitet.

Mexiko, 10. Febr. Ueber die gestrigen Kämpfe wird noch gemeldet, daß während des Tages vier gefonderte Gefechte stattgefunden haben, von denen sich das blutigste vor dem Palais abspielte und mit der formellen Uebergabe der

Truppen der Artilleriekaserne endete. Die meuternden Truppen, an der Spitze die Schüler der Kriegsschule, zogen zum Gefängnis, wo sie Felix Diaz befreiten. Madero erklärte den fremden diplomatischen Vertretern auf deren Anfrage, es könne für die Sicherheit der Ausländer keine Gewähr übernommen, da es ihm unmöglich sei, zu ihrem Schutze Mannschaften von Polizei und Artillerietruppen, über die er in einer Zahl von 2000-3000 Mann verfüge, abzugeben.

Mexiko, 10. Febr. Nach den letzten Telegrammen halten sich Präsident Madero und die Kabinettsminister noch im Nationalpalast um den sich die blutigsten Kämpfe abspielten. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Kriegsminister General Gregorio Ruiz. Zwei Hauptleute und drei Leutnants sind im Coastguardpalast tödlich verwundet worden.

Newport, 10. Febr. Wie aus Mexiko gemeldet wird, proklamierte sich Diaz zum Präsidenten und erklärte Madero für einen Feind der Republik.

Der Balkan-Konflikt.

Die Kämpfe um Suturi.

Cettinje, 10. Febr. Aus amtlicher montenegrinischer Quelle. Nach dreitägigem erbittertem Kampfe, der um die Einnahme des Bardanjolt geführt wurde, bezifferten sich die Verluste der Montenegriner auf etwa 2500 Tote und Verwundete. Auf türkischer Seite sind etwa 4000 Mann gefallen, die auf dem Schlachtfelde liegen. Auf dem Tara-Bosch und bei Brdika wütet der Kampf seit drei Tagen.

Neue Friedensverhandlungen?

Konstantinopel, 10. Febr. Die Pforte erlaubt allen Mächten, ein oder zwei weitere Kriegsschiffe hierher kommen zu lassen. Die Morgenblätter stellen die baldige Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit dem gewesenen Großwesir Salki Pascha als erstem Unterhändler in Aussicht.

Paris, 10. Febr. Nach einer Konstantinopeler Meldung des 'Echo de Paris' habe der türkische Botschafter in London bei Staatssekretär Grey vorgesprochen, um die Vermittlung der Mächte zur Einstellung der Feindseligkeiten zu erbitten. Grey habe erwidert, daß die Pforte diesen Schritt in amtlicher Weise machen müsse.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

K. M., Werberstraße. Der Anstand, daß der Ständesbeamte bei der Trauung die Antisette nicht umgehört hatte, ist auf die Gültigkeit der Ehe ohne Einfluß. Die Ehe gilt als geschlossen, wenn die Erklärung der Verlobten abgegeben, wenn sie vor einem Ständesbeamten erfolgt ist und wenn der Ständesbeamte dadurch mitgewirkt hat, daß er zur Entgegennahme der Erklärung der Verlobten bereit war.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein 'Gleichheit'.) Heute Dienstag, punkt 9 Uhr, im 'Ritter' Singstunde. Samstag, 15. d. M., im Lokal Sängervereinigung. Vollzähliges Erscheinen zu beiden Veranstaltungen unbedingt nötig. 5240 Offenburger. (Gewerkschaftskartell.) Mittwoch abend halb 9 Uhr findet im 'Anker' Kartellübung statt. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 5250

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Donnerstag, den 13. Februar d. J., abends 1/2 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale 5258

Vertreter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Innere Angelegenheiten, 2. Bericht über die Stellungnahme zum Entwurf einer Gewerkschaftsverordnung, 3. der neue Entwurf eines Ortsstatuts zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die Organisationsvertreter werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Kartellkommission.

Metropol-Theater. Nur 4 Tage. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag, mittags von 2 bis 6 Uhr. Familien- und Kindervorstellung. Königin Luise. Grosses vaterländisches Gemälde in 3 Abteilungen. In der Titelrolle: Fräulein Hanna Arnstädt vom Königl. Schauspielhaus in Berlin. Mit Genehmigung der General-Intendantur der Königl. Schauspiele. Ausserdem noch einige hervorragende Nummern. Ab 6 Uhr abends, Vorstellung nur für Erwachsene. Werktags ermäßigte Preise. Logo 80 S., 1. Platz 60 S., 2. Platz 40 S., 3. Platz 20 S. 5220. Haltestelle der Strassenbahn Ecke Kaiser-Allee und Schillerstrasse

**Bekanntmachung.**

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sowie Ihre königlichen Hoheiten Prinz Oskar und Prinzessin Vittoria Luise von Preußen sind heute zum Besuche der Großherzoglichen Herrschaften hier eingetroffen und werden bis Mittwoch abend in unserer Stadt verweilen.  
Wir bitten die verehrliche Einwohnerschaft, zum Ausdruck der Freude über die Anwesenheit der hohen Gäste in unserer Stadt die Häuser zu beflaggen.  
Karlsruhe, den 10. Februar 1913. 5245  
Der Stadtrat.  
Siegrist. Lacher.

**Städt. Fleischverkauf.**

Der Verkauf von gefrorenem australischem Sammelfleisch findet statt:  
Mittwoch vormittag von 8 Uhr ab auf dem Ludwigplatz,  
Mittwoch nachmittag von 3 Uhr ab im Verkaufslokal der Städt. Freibank,  
Donnerstag vormittag von 8 Uhr ab auf dem Marktplatz.  
Verkaufspreise:  
Brust . . . . . 65 Pfg. pro Pfund.  
Fals . . . . . 70 " " "  
Schlegel, Bug und Rücken 80 " " "  
Karlsruhe, den 11. Februar 1913.  
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

**Wettbewerb für die Bebauung des Geländes des alten Bahnhofsplatzes und des Festplatzes**

Die Ausstellung der Entwürfe in der Aula der Technischen Hochschule (Eingang Engler-Strasse) wird bis einschließend Donnerstag, den 13. ds. Mts. verlängert. Sie ist täglich von 11 bis 4 Uhr offen.  
Die nicht preisgekrönten und nicht zum Ankauf empfohlenen Entwürfe können v. Samstag, dem 15. d. Mts. an beim Sekretariat des städtischen Tiefbauamts, Rathaus, II. Obergeschoß, westlicher Flügel, Zimmer Nr. 184, durch die Verfasser oder deren Beauftragte in Empfang genommen werden. Auf Wunsch werden die Entwürfe den Verfassern kostenlos zugestellt.  
Karlsruhe, den 10. Februar 1913. 5256  
Der Stadtrat.  
Siegrist. Lacher.

**Wiener Café Central.**  
Täglich abends 8 1/2 Uhr  
**grosse Künstler-Konzerte**  
des Opera-Solisten-Ensembles.  
Kapellmeister: J. van Rens.  
Um geneigten Besuch bittet 5249  
L. Ransenberg, Cafetier.

**Geschäfts-Empfehlung.**

Der verehrlichen Einwohnerschaft Durlachs zeige hiermit an, daß ich ein  
**Malergeschäft**  
gegründet habe. Durch langjährige Erfahrung bin ich in der Lage, meine Stundenschaft billig und aufs beste zu bedienen. Um geneigten Zuspruch bittend zeichnet  
hochachtungsvoll 5251  
J. Faber, Malergeschäft, Durlach, Hauptstr. 12.

**Fräser**

für Holzbearbeitung, per sofort gesucht. 5247  
Mag Sopp, Sofienstraße 167.

**Pfannkuch & Co**  
**Abschlag!**  
5239  
**Eier**  
Rocheier 10 Stück nur 68  
Große Siedeier 10 Stück nur 78  
Pfannkuch's gestempelte  
Trinkeier 10 Stück nur 88  
Sämtliche Eier sind unter fachmännischer Kontrolle sortiert und streng durchleuchtet.  
**Pfannkuch & Co**  
in den bekanntesten Verkaufsstellen

**Berichtigung zur Bilanz des Konsumvereins für Ettlingen und Umgebung**

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Per 30. September 1912. 5246

Aktiva.		Passiva.	
An Kassenbestand	201.52	Per Geschäftsanteil-Konto	3538.27
An Warenbestand zum Einkaufswert	6846.19	Per Reserve-Konto	315.50
An Mobilienkonto	636.56	Per Kreditoren-Konto	1604.38
An Abschreibung	66.58	Per Reingewinn	2556.46
An Debitorenkonto (Ausstände)	456.90		8074.61
	8074.61		

**Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge**

schwarz, dunkelgrau und dunkelblau, von einfachster bis zur elegantesten Ausführung in hervorragender Auswahl fertig am Lager.

Preise:  
14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 19<sup>00</sup> 23<sup>00</sup> 25<sup>00</sup> 30<sup>00</sup> bis 56<sup>00</sup>  
**Ad. Stein**  
Kaiserstrasse 74 5253  
Spezialhaus für feine Herren- und Knaben-Kleidung.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

**Karlsruhe (Baden)**  
30. Geflügelanstellung des Bad. Vereins für Geflügelzucht, gegr. 1861 vom 1.-3. März 1913 im „Café Rotwand“, verbunden mit Glückwünschen. 5254  
Zahlreiche und wertvolle Ehrenpreise. Schluß der Anmeldung 18. Februar 1913. Programme versendet der Vorstand  
**Friedr. Maish**  
Blumenstr. Nr. 3.  
Morgenfütterung m. Spratt

**Z. V. d. H.**  
Zentralverband der Handlungsgehilfen Bezirk Karlsruhe.  
Heute Dienstag abend 9 Uhr, im Lokal „Drei Könige“, Kreuzstr. 14, Mitgl.-Versammlung.  
Vortrag d. Herrn Rechtsanwalt Ludwig Marum über „Utopien“.  
Jeden Dienstag Zusammenkunft. 4689

Städt. Arbeitsamt  
**Gesucht**  
für sofort und später  
Kaffeeköchinnen 5244  
Einfache Restaurationsköchinnen  
Küchen- und Hausmädchen  
**Städt. Arbeitsamt**  
(weibl. Arbeitsnachweis)  
Jähringerstraße 100.  
Männl. Abteilung Telefon 629.  
Weibl. Abteilung Telefon 949.

**Bernhardiner-Hund**  
ein sehr schönes, prachtvolles Nuchter, ist sofort billig zu verkaufen. Derselbe würde sich auch sehr gut als Zughund eignen. Zu erfragen in Aue bei Durlach, Kaiserstraße 35. 5243  
**Sportwagen** billig zu verkaufen. 5242  
Weißhaustr. 16, 4. St. links.

**Pfannkuch & Co**  
**Hafer-Cacao**  
mit Zucker-Zusatz  
1/2 Pfd. 80  
1 Pfd. 40

**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Rinderliegwagen** wie neu, zu verkaufen. Durlach, Wilhelmstraße 2, Hinterhaus parterre.  
**Heck- u. Flughäufig** sowie Gasberdtisch und Schaft sind abzugeben, event. Umtausch gegen Kanarienhahn. Körnerstr. 14, 4. Stod rechts.  
**Rinderliegwagen** gut erhalten, zu verkaufen. Grünwinkel, Gerberstr. 3, 1. St. 4230  
**WAR DER ZAHNSCHMERZ ICH TAT BLASSCOLIN IN DIE OHREN**  
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. 5066

**Bekanntmachung.**  
Im Hundewinger des Städt. Baumeisters Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaiserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:  
1. ein gestreifter Boxer (männl.),  
2. ein Airedaleterrier (männl.),  
3. ein brauner Dachshund (männlich),  
4. ein weiß und schwarz gez. Foxterrier (weiblich),  
5. ein junger schwarz. Schnauzer (weiblich).  
Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt sind, getötet bzw. veräußert.  
Karlsruhe, den 10. Febr. 1913.  
Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion.

**Eilt! Garantiert!**  
15. Februar Ziehung der **Badischen 1 Mk. Geld-Lotterie**  
Geldgew. bar ohne Abz. **45 800 Mk.**  
Hauptgewinn **20 000 Mk.**  
127 Geldgewinne zus. **13 000 Mk.**  
3160 Geldgewinne zus. **12 800 Mk.**  
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 25 P.  
empfiehlt Lott.-Untern.  
**J. Stürmer**  
Strassburg i. E. Langstrasse 107.  
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Woerner & Wehrle, Karl Friedrichstrasse 2, Gebr. Görhinger, Kaiserstr. 60, E. Fluge, J. Daringer, und alle Losverkaufsstellen. 4691

**Aquarium** mit Fisch sowie ein Mehlwurm aufsatz billig zu verkaufen. Gerwigstr. 43, 5. St. links.  
**Kapellenstr. 74, Seitenbau.** 3. Stod links ist ein gut möbl. Zimmer sofort billig zu vermieten.  
**Kopfläuse** verschwinden unfehlbar durch (50 Pf.) „Nissa“ (50 Pf.) Zu haben in Apotheken und Drogerien. 3759  
**Durlach, 2 Handdrischen** an Wagen zu vermieten. S. Gehring, Auerstraße 5.

**Pfannkuch & Co**  
Neu eingetroffen der erste Waggon neue  
**Malta-Kartoffeln**  
3 Pfd. 30 Pfg.  
10 Pfd. 95 Pfg.  
Ein Waggon neue  
**Algier-Kartoffeln**  
3 Pfd. 45 Pfg.  
10 Pfd. 1.40 M.  
Ein Waggon  
**Solländer Rotkraut**  
Kopf 25 Pfg.  
**Weißkraut**  
Kopf 18 u. 20  
Ein Waggon  
**Italiener Blumenkohl**  
Kopf 14 u. 16  
Französischer  
**Blumenkohl**  
große Köpfe  
Kopf 40 u. 45  
**Schwarz-wurzeln**  
Pfd. 28 Pfg.  
Ende der Woche ein-treffend:  
**Frischer Pariser Kopfsalat**  
Große Italiener  
**Zwiebeln**  
Pfd. 8 Pfg.  
10 Pfd. 75 Pfg.  
Mittelgroße sächsische  
**Zwiebeln**  
Pfd. 5 Pfg.  
10 Pfd. 45 Pfg.  
**Schneidebohnen**  
(Brühbohnen)  
Pfund 18 Pfg.  
**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen.  
**Aquarium** mit Fisch sowie ein Mehlwurm aufsatz billig zu verkaufen. Gerwigstr. 43, 5. St. links.  
**Kapellenstr. 74, Seitenbau.** 3. Stod links ist ein gut möbl. Zimmer sofort billig zu vermieten.  
**Kopfläuse** verschwinden unfehlbar durch (50 Pf.) „Nissa“ (50 Pf.) Zu haben in Apotheken und Drogerien. 3759  
**Durlach, 2 Handdrischen** an Wagen zu vermieten. S. Gehring, Auerstraße 5.

No. 1  
Ausgabe tägl. Preis 5 Pfg.; am Sonntag: 10 Pfg.  
In dem... tag eine... haltgefund... auch nicht... mit diesen... nichts gen... von 1813... haben, u... dem schön... beiterpreß...  
In ein... bureau be... Sonntag:  
„Ich...  
Dipreuch... erhebende... sche Volk... Religion... die, wie... bedeutet... wieberge... nach dem... fen Glau... sich. Un... kam, bra... wie ihn... verzagen... t e s g e r  
Die hi... über die... hang der... König“ h... rade unter... seiner La... geister un... „berichtet... nach dem... nstie wie... würde dur... dafür dur... Niederlag... Scharhoh... Nach ihre... fähigkeit... und der... Geer und... geschrotet... Profes... der Umw... Presse:  
„Die... ein Wer... ist jedere... deutscher...  
Lebte...  
seinem...  
Der Sieg... hat bisher... wicklung... 1813! D... Ausnahm... Aufstand... mungen... haben ja... um ihrer... Tausende... Kanonen...  
Und n... gen und... deutschen... sem lang... hundert o... führt Zo... frone im... spanischen... schaudern... nannten... große Ku... rotem G... bezahlen... König“ d...  
Im... die Provi... die Fran... kurzfürte... gen Krie... Rheinlan... auswärts... Nachbar... zu rauber... denn er... rigen Kr...  
Über... billig da... heitslieb...